

SOZIOÖKONOMISCHE INTERESSEN, KRÄFTE UND MECHANISMEN IN DEUTSCHLAND BIS ZUR GRÜNDUNG DER BRD*)

Wilma Ruth Albrecht

1. Wirtschaftliche Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg. - 2. Personelle Veränderungen des US-Regierungs- und militärischen Besatzungsapparates im Zusammenhang mit der Umorientierung der US-Politik. - 3. Interessen in der Auseinandersetzung um Reparationen und deutsches Industrieniveau. - 4. Das Problem der Nahrungsmittelproduktion in Deutschland. 5. Die Auflösung der „Anti-Hitler-Koalition“ und die Integration Westdeutschlands in die Strategie der Rekonstruktion Europas in das kapitalistische Welthandelssystem. - 6. Zusammenfassung und Ausblick. - 7. Anmerkungen.

1. Wirtschaftliche Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg führte zu einer völligen Umstrukturierung der Weltwirtschaft. Diese Umstrukturierung zeigte sich auf verschiedenen Ebenen: 1) Machtpolitisch-regional bildeten sich im Laufe der ersten Nachkriegsjahre zwei ihrer sozio-ökonomischen Orientierung nach unterschiedliche Systeme heraus, das sozialistische und das kapitalistische-weltwirtschaftliche. 2) Innerhalb des kapitalistisch-weltwirtschaftlichen Systems erfolgte eine Machtverschiebung vom britisch-imperial-kolonistischen zum us-amerikanisch dominierten kapitalistisch-weltwirtschaftlichen. 3) Die während des Krieges erfolgte Umstellung der Volkswirtschaften auf Kriegsproduktion und die damit einhergehenden Folgen für die materiellen Produktivkräfte gewannen bestimmenden Einfluss auf das wirtschaftliche und soziale Leben.

In den entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften führte die Umstrukturierung auf Kriegsproduktion zu einer allgemeinen Erhöhung der industriellen Produktion, des industriellen Produktionsapparates und des Produktionsvolumens, des weiteren zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität, zu stärkeren staatlichen Vorgaben und Eingriffen in die Wirtschaft, zur erhöhten Förderung wissenschaftlich-technologischer Entwicklung sowie damit einhergehend zu Veränderungen der Zusammensetzung des fixen Kapitals.

Angesichts des Tatbestandes, dass die USA die größte industrielle Macht auf der Welt darstellten, profitierten sie auch am stärksten von dieser Entwicklung: So erhöhte sich ihr Bruttosozialprodukt (BSP) von 88,6 Mrd. Dollar im Jahre 1939 auf 135 Mrd. Dollar im Jahre 1943. Die Industrieproduktion wurde beträchtlich gesteigert und erreichte während des Krieges bis zum Höchststand 1944 215%

des Standes von 1929. 1944 produzierten die USA 40 % der Rüstungsgüter der Welt, die Kriegsproduktion betrug 1943 40% der nationalen Gesamtproduktion und in Industrie, Bergbau und Bauwesen arbeiteten 1944 44% der Beschäftigten für das Militär.(1)

Ähnliche kriegswirtschaftliche Umstrukturierungen der nationalen Volkswirtschaften hatten auch die anderen industriellen Kriegsteilnehmer zu verzeichnen, wenn auch auf niedrigerem Niveau und unter anderer Schwerpunktsetzung, so auch insbesondere Großbritannien und Deutschland.

Allein die UdSSR profitierte nicht von diesem Wachstumsboom, da die Hälfte ihrer Produktionsstätten „vom Feind“ erobert war. Stattdessen musste sie bei abnehmender industrieller Gesamtproduktion ihre Kriegsproduktion ständig steigern. Dies war nur möglich aufgrund extensiver Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft. Insgesamt wurde die UdSSR durch den Krieg in ihrer sozio-ökonomischen Entwicklung erheblich zurückgeworfen und geschwächt:

„Es gab keinen wichtigen Industriezweig, dessen Produktionsniveau 1945 ebenso hoch gewesen wäre wie vor der deutschen Invasion.“(2)

Auch der Lebensstandard der Bevölkerung sank drastisch, so dass 1945 die Reallohne nur 40% des Standes von 1940 erreichten.(3)

Völlig anders die Lage für die USA:

„Im Jahre 1943 übertraf die amerikanische Produktion diejenige aller übrigen am Krieg beteiligten Mächte bei weitem, und 1945 waren die Grundfesten der ökonomischen Vormachtstellung der Vereinigten Staaten für das nächste Vierteljahrhundert gelegt.“(4)

Von den massenhaften Stückzahlen bei der Produktion von Kriegsgütern und der Wirkung der „economy of scale“ profitierten hauptsächlich Großunternehmen, so auch in den USA, wo die US-Monopole eine enorme Profitsteigerung verbuchen konnten, wodurch nicht nur ihr ökonomischer sondern auch politischer Einfluss wuchs.

„Die Monopole hatten während des Krieges gewaltige Profite gemacht, die sich nach offiziellen Angaben allein während der Jahre 1941 bis 1944 auf annähernd 90 Milliarden Dollar beliefen. Gleichzeitig hatte sich bei der Bevölkerung eine bedeutende Kaufkraft angestaut, wenn man auch berücksichtigen muß, daß diese Kaufkraft durch die inflationäre Entwicklung während des Krieges nicht den nominellen Guthaben entsprach.“(5)

Mit dem Ende des II. Weltkrieg ging gleichzeitig eine beträchtliche Verlagerung des Kräfteverhältnisses im gesamten Weltwirtschaftssystem einher. Deutschland und Japan lagen politisch daneben, Großbritannien und Frankreich waren über das Lend–Lease–Abkommen bei den USA hoch verschuldet.

Insbesondere die Weltmacht Großbritannien, die allein 24 Mrd. der insgesamt 47 Mrd. Dollar umfassenden Lend-Lease-Hilfe erhielt, war wirtschaftlich ruiniert:

„Aus dem ehemals wichtigsten Kreditgeber der Welt war der größte Schuldner geworden. Der Krieg hatte die Gold- und Dollarreserven weitgehend aufgezehrt und den Verkauf eines großen Teils des ausländischen Vermögens notwendig gemacht. Hoffnungen auf einen nicht rückzahlbaren Kredit der USA hatten sich als illusorisch erwiesen. Im August 1945 sah sich die soeben mit der politischen Verantwortung betraute Labour-Regierung noch mit der sofortigen Einstellung der amerikanischen Lend and Lease Lieferungen konfrontiert. Ein hoher Importbedarf an Nahrungsmitteln und Rohstoffen einerseits und eine aufgrund der Kriegswirtschaft erheblich reduzierte Exportfähigkeit andererseits verursachten 1945 ein Handelsdefizit von 654 Millionen Pfund. Gleichzeitig erreichte die Auslandsverschuldung die schwindelnde Höhe von 3,4 Milliarden Pfund.“(6)

Für die Wirtschaft der USA wiederum war absehbar, dass mit Kriegsende durch die Umstellung von der Kriegs- auf die Zivilproduktion eine Depressionsphase anstehen würde, die dann in relativ kurzer Zeit wieder in eine Überproduktionskrise führen könnte.

„Im Jahre 1944 sank die industrielle Produktion in den USA unter dem Einfluß des Rückgangs der Rüstungsaufträge ab. Mit der Beendigung des Krieges wurde der Rückgang noch stärker. In dieser Zeit vollzog sich die Umstellung der Rüstungsproduktion auf die zivile Produktion. Bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1946 fand diese Nachkriegsdepression ihr Ende. Es machten sich Faktoren einer zyklischen Belebung geltend. Unter dem Einfluß der starken Nachfrage auf dem inneren und äußeren Markt setzte eine Erneuerung des fixen Kapitals ein. Die Investitionen beliefen sich von 1946 bis 1948 auf jährlich durchschnittlich 15,6 Milliarden Dollar und lagen damit weit über dem Stand des letzten Zyklus und der Kriegszeit. Die industrielle Produktion stieg bis zum Ende des Aufschwungs (IV. Quartal 1948) auf über 170 Prozent des Jahres 1947. Das Exportvolumen erreichte im Jahre 1947 gegenüber 1937 einen Stand von 255 Prozent, um sich dann 1948 bis etwa 200 Prozent zu halten.“(7)

Um die anstehenden ökonomischen Probleme zu lösen, gab es verschiedene systemkonforme wirtschaftspolitische Möglichkeiten, selbst unter dem Primat des Wiederaufbaus eines multilateralen Handels- und Zahlungssystems.

Eine bestand darin, verstärkt die Inlandsnachfrage anzukurbeln und den inländischen Konsumsektor auszubauen, um die durch den Krieg bedingten Nachfragebedürfnisse der US-Bevölkerung zu befriedigen. Dafür hätte über eine gezielte staatliche Investitionskontrolle und Einkommenspolitik, vor allem mittels Lohn erhöhungen, der Konsumsektor gestärkt werden müssen.

Die Regierung Truman lehnte diese Wirtschaftspolitik ab. Vielmehr bestand eine ihrer ersten Handlungen nach Kriegsende darin, das Amt für die Stabilhaltung der Wirtschaft aufzulösen und gegen Streiks, mit denen eine Lohnerhöhung erzwungen werden sollte, z.B. Bergarbeiterstreik Ende April 1945, Stahlarbeiterstreik und Automobilarbeiterstreik bei General Motors 1945/46, vorzugehen.

Die kapitalistischen Unternehmen suchten stattdessen ihre Gewinne über Preissteigerungen zu sichern, so dass im Sommer 1946 der Preisindex für etwa 28 Warengruppen eine Preissteigerung von 35% verzeichnete. Dieser Unternehmenspolitik konnte nur schwer mit der Verlängerung des Preiskontrollgesetzes begegnet werden.(8)

Die notwendige Wiedereingliederung der US-Soldaten brachte zusätzliche ökonomische und soziale Probleme mit sich, denn immerhin waren 11,25 Millionen Arbeitskräfte in der Army gebunden, die nach Kriegsende Arbeit finden mussten.

Anstelle den Binnenmarkt zu fördern konnte alternativ auch der Export stärker ausgebaut werden. Dem standen jedoch zunächst die Zahlungsschwierigkeit und die hohe Verschuldung der am Krieg beteiligten Mächte entgegen. Um diesen Weg beschreiten zu können, mussten die USA Kredithilfen gewähren.

Die exportorientierte Wirtschaftspolitik auf der Basis eines multilateralen Handelssystems, die schon unter Roosevelt eingeleitet wurde, wollte auch Truman nicht nur weiterverfolgen sondern auch unter Missachtung der Interessen anderer alliierter Kriegsteilnehmer - wie z.B. der UdSSR und Großbritanniens - durchsetzen. Hierbei wurde er vom Kongress unterstützt:

„Priorität auf der Agenda des Kongresses hatten der internationale Handel, Investitionen im Ausland, Währungen und Wechselkurse sowie die Interdependenzen zwischen politischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Entwicklungen bekommen.“(9)

Als zudem erkennbar war, dass in Europa Bestrebungen wuchsen, mit sozialistischen Modellen der ökonomischen Not und der politische Diskreditierung der herrschenden Klassen zu begegnen, wollte die Regierung Truman einer solchen

Entwicklung gegensteuern, wie der Präsident in seiner Rede an das amerikanische Volk im Sommer 1945 darlegte:

„Je mehr sich der Winter nähert, desto höher steigt die Not. Falls wir nicht alles tun, was wir tun können, um zu helfen, dann werden wir möglicherweise im nächsten Winter wieder verlieren, was wir im letzten Frühjahr unter so großen Opfern gewonnen haben. Verzweifelte Menschen neigen zur Zerstörung ihrer Gesellschaftsform, um in Trümmern einen Ersatz für die Hoffnung zu finden. Falls wir Europa hungern und frieren lassen, geht möglicherweise die Ordnung in Brüche, die unsere einzige Hoffnung auf eine befriedete Welt darstellt.“⁽¹⁰⁾

Bei den neu getroffenen Handelsabkommen suchten die USA durch Verquickung des Handels mit internationalen Finanzierungsregelungen ihre weltwirtschaftliche Position auszubauen und zu stabilisieren. Als im Dezember 1945 Großbritannien von den USA einen Kredit in Höhe von 3,75 Milliarden Dollar zu 2% Zins und 50 Jahre Tilgung erhielt, wurde die Darlehngewährung an Auflagen geknüpft, die darauf zielten „Großbritannien in kürzester Zeit der von den in den USA für die Nachkriegszeit geplanten multilateralen Handels- und Finanzpolitik anzuschließen. Die wichtigsten Auflagen des Finanzabkommens waren:

- Eilige Ratifizierung der Verträge von Bretton-Woods-Institutionen (Weltwährungsfond und Weltbank) sowie Beteiligung an der Errichtung einer internationalen Handelsorganisation;
- Konvertibilität des Pfundes für alle Transaktionen aus laufender Rechnung vom 15. Juli 1947 an;
- Aufhebung aller Zahlungsbeschränkungen für Importe aus den USA.“⁽¹¹⁾

Mit dieser Handelspolitik regierte die USA indirekt in die nationalen Wirtschaften hinein und engte den nationalen Spielraum in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen ein.

Unter diesen Bedingungen fiel auch die UdSSR als größerer Handelspartner aus. Dies erkannte auch der Handelsminister H. Wallace, der sich energisch für Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der UdSSR einsetzte.

Angesichts des US-Botschafterwechsels von W. Averell Harriman zu General Bedell Smith äußerte er in seinem Memorandum vom 14. März 1946 an Truman, „daß wir unsere Beziehungen zu den Sowjets vielleicht verbessern könnten, wenn wir gleichzeitig mit dem Botschafterwechsel auch unsere Wirtschafts- und Handelspolitik gegen Rußland ändern könnten.“⁽¹²⁾

Da Wallace sich mit seinen Vorstellungen, die politisch auf friedliche Koexistenz über den Ausbau der Handelsbeziehungen zielten und ein Aufgeben der Atombombendiplomatie bedeutet hätten, nicht durchsetzen konnte, musste er am 20. September 1946 um seine Entlassung bitten.

Durch die von den USA verfolgte expansive Außenhandelspolitik dominierten sie den Weltrohstoff- und Fertigwarenmarkt.

„So entfielen zum Beispiel im Jahre 1948 bei Kupfer 51 Prozent, Erdöl 67 Prozent, Naturkautschuk 48 Prozent und Wolle 38 Prozent des Gesamtverbrauchs der kapitalistischen Ländern auf die USA.“(13)

„Der Anteil der USA an der Fertigwarenausfuhr nach anderen Ländern der westlichen Hemisphäre stieg von 42 Prozent im Jahre 1938 auf 73 Prozent im Jahre 1948. Der Anteil der USA an der Fertigwarenausfuhr nach Asien, Afrika und Ozeanien (...) stieg in derselben Zeit von 11 auf 25 Prozent.“(14)

Dabei zeigt sich eine enge Verbindung zwischen militärischer Besatzung und Außenhandeldominanz, wie die nachfolgende Tabelle am Beispiel ausgewählter Länder verdeutlicht.

Tabelle 1(15)

US-Ausfuhren nach	Wert in Millionen Dollar/Durchschnitt			Anteil der USA an den Einfuhren dieser Länder 1948 in %
	1936-38	1948	1949	
Österreich	2	146	151	42%
BRD/Westdeutschland	112	863	820	57%
Griechenland	7	238	820	65%
Italien	65	418	458	38 %
Portugal	12	76	52	23 %
Schweiz	9	171	143	19 %
Türkei	11	101	120	37 %
Jugoslawien	2	8	20	4 %
Iran	7	44	79	30 %
Palästina	3	29	79	27 %
Saudi-Arabien	2	84	85	74 %

Perlo folgerte aus diesen Zahlen:

“Wenn die Marktgewinne Bestand haben sollten, mußten sie durch einen intensiven Kapitalexport untermauert werden. Bereits 1949 und im ersten Halbjahr 1950 erfuhren mit der Wiederbelebung der europäischen Produktion die USA-Ausfuhren einen starken Rückgang. Hieraus erklären sich Bemühungen amtlicher Stellen in Washington, den Kapitalexport zu fördern und die Kriegsvorbereitungen zu beschleunigen, die der amerikanische Imperialismus braucht, um Gewinne aus dem zweiten Weltkrieg zu behaupten und zu vervollständigen.“(16)

2. Personelle Veränderungen des US-Regierungs- und militärischen Besatzungsapparates im Zusammenhang mit der Umorientierung der US-Politik

War schon unter Roosevelt nach Eintritt in den Zweiten Weltkrieg die Regierung von Konzern- und Finanzkapitalvertretern, besonders in kriegswirtschaftlichen Regierungsstellen, stark durchsetzt, so wurde diese Personalpolitik unter Truman zusätzlich gefördert.(17)

Es waren dies u.a. James F. Byrnes, der Edward R. Stettinius jun., einen Stahlindustriellen und ehemals Chef des Amtes für kriegswichtige Güter, als Staatssekretär ersetzte. Byrnes war Mitglied des Repräsentantenhauses und des Senats, Beisitzer des obersten Bundesgerichtes und Roosevelts persönlicher Assistent für wirtschaftliche Mobilmachung. Nach seiner Tätigkeit als Staatssekretär (Außenminister) (1945-1947) wurde er Aufsichtsratsmitglied der Newmont Mining Co, an der zwei Drittel der Morgan-Searl-Trust hielt.(18)

Schatzkanzler Henry Morgenthau jun. wurde ab Juli 1945 durch Fred M. Vinson ersetzt und der Kriegsminister Henry L. Stimson, ein eng mit der Morgangruppe verbundener Konzernanwalt durch den ehemaligen Marineminister unter Roosevelt James Forrestal, der während seiner Regierungstätigkeit als früherer Aufsichtsratsvorsitzender der Investmentbank Dillon, Read & Co.“beurlaubt“ worden war.(19)

Francis Biddles Position als Generalstaatsanwalt erhielt am 30.6.1945 Tom C. Clark; Generalpostmeister, ehemals Frank C. Walker, wurde Robert E. Hannegan; die Position des Landwirtschaftministers, vormals Claude R. Wickard, erhielt Clinton P. Anderson; der Handelsminister Henry L. Wallace wurde gegen W. Averell Harriman, Partner der Bank Brown-Brothers Harriman & Co, Chairman of the board of Union Pazific Railroad Co., Direktor fünf weiterer Eisenbahnen, Direktor der Guaranty Trust Co. Western Union Telegraph. Co. u.a., ausgewechselt, er war später EAC-Sonderbotschafter für den Marshallplan.(20)

“Von zehn Mitgliedern des Roosevelt-Kabinetts traten sechs entweder zurück oder wurden zwischen dem 30. Juni und der Eröffnung der Potsdamer Konfe-

renz am 18. Juli ersetzt. Von den restlichen vier Mitgliedern des Kabinetts Roosevelt waren zwei bis Ende 1945 und die letzten zwei bis Ende 1946 aus der Regierung ausgeschieden. Von den wichtigsten durch Truman in den ersten zwei Nachkriegsjahren geschaffenen 125 Regierungsämtern waren 49 durch Bankiers, Finanzmänner und Großindustrielle, 31 durch Militärs und 17 durch Juristen besetzt, die mindestens über Beziehungen zur Finanzwelt verfügten. Der eigentliche Regierungssitz schien sich von Washington nach einem Ort zu verschieben, der von Wall Street und West Point gleich weit entfernt war.“(21)

Hinzu kamen noch diverse Berater wie beispielsweise der Bankier und Finanzspekulant Bernard Baruch oder der amerikanische Ölmillionär Edwin W. Pauly.

Diese Art der Personalpolitik schlug sich auch in der Personalpolitik der Besatzung für Deutschland nieder, denn die großen Unternehmen und Bankhäuser wie Trust General Motors, General Electric, Ford, Standard Oil of New Jersey, International Telephone & Telegraph Company, wollten alles tun, um ihren Besitz und ihre getätigten Investitionen zu erhalten, sicher zu stellen und zu vergrößern. Deshalb waren die wichtigsten Positionen der Militärregierung, insbesondere in der Wirtschafts- und Finanzabteilung an Vertreter des Finanz- und Monopolkapitals vergeben.

Am 9. August 1944 ließ General Eisenhower, der sowohl Oberkommandierender von SHAEF als auch der European Theater of Operation, US-Army war, die US-Group Control Council (USGCC) in der Nähe von London errichten.

„Als Planungsstab für die in Aussicht genommene interalliierte Kontrollbehörde musste sich USGCC an den Beschlüssen der Europäischen Beratenden Kommission orientieren und ihre Arbeit mit den britischen und sowjetischen Kontrollgruppen abstimmen. Die Verbindung zur britischen Control Commission (Military Section) (CCMS) durfte aber nur über die Kommandokanäle von G-5, SHAEF, erfolgen. (...) Nicht zuletzt hatte sich die USGCC aber auch nach den allgemeinen politischen Richtlinien des Kriegsministeriums in Washington, besonders der Civil Affairs Division, zu richten.“(22)

Am 31. März 1945 wurde General Lucius D. Clay zum Stellvertretenden Militärgouverneur und gleichzeitig zum Chief of Staff und Commanding General, USGCC ernannt. Er sollte auch mit der G-5, SHAEF, zusammenarbeiten. Er wirkte aber nachdrücklich darauf hin, dass nach Beendigung des Krieges die Aufgaben der künftigen amerikanischen Militärregierung vom militärischen Befehlsbereich getrennt wurden.

Am 25. April 1945 übernahm Clay das Oberkommando der USGCC. Nach der deutschen Kapitulation verlegte er seine Kommando-Stelle von Versailles nach Frankfurt-Hoechst ins IG-Farbengebäude.

Nach der Auflösung von SHAEF am 14. Juli 1945 wurde das US-Personal von G-5, SHAEF, in die Organisation der Militärregierung übernommen, deren Verwaltung der Stellvertretende Militärgouverneur Clay leitete. Er bildete drei Verwaltungseinheiten: das Executive Office, das Executive Committee und das Demilitarisierungskomitee.

„Zum Executive Office gehörten neben Clay als Stellvertretender Militärgouverneur und Kommandierender General, USGCC, ein Political Advisor, Botschafter Robert Murphy, ein Legal Advisor, Charles Fahy, ein Assistent Deputy for Public Service, Generalmajor Oliver P. Echols, ein Assistent Deputy for Resource, Brigadegeneral William H. Draper, ein Assistent Deputy for Trade and Finance, Laird Bell, und der Chief of Staff, Brigadegeneral Bryan L. Milburn.“(23)

Mit der Auflösung von SHAEF und der Umstrukturierung von USGCC zur USFET erfolgten auch wichtige personalpolitische Änderungen, die den Einfluss linksorientierter Besatzungsoffiziere schwächten und den kapitalistischer Kreise stärkten.

Es war insbesondere Clays Personalpolitik, die den Einfluss von US-Konzernen und -Banken in der amerikanischen Militärregierung OMGUS zunehmend dominieren ließen.(24)

Insbesondere die von William H. Draper geleitete Wirtschaftsabteilung der US-Militärregierung entwickelte sich zum El Dorado von Firmen, die großes Interesse am deutschen Markt hatten: Die von ihm eingestellten Offiziere und Abteilungsleiter kamen von I.T.T., Westinghouse, Aluminium Corporation of America, Standard Oil, American Cyanamid, Synthetic Nitrogen Products Corp., General Motors und anderen.(25)

„Frederick Devereux, bei AT&T für politische Lobbyarbeit zuständig, beriet Draper in Sachen Elektroindustrie und galt als seine rechte Hand. Rufus Wisor von der Republic Steel Corporation zeichnete für die deutsche Stahlindustrie verantwortlich; seine Firma hatte dem Internationalen Stahlkonzern angehört und zum Schaden konkurrierender amerikanischer Hersteller zahlreiche Verträge in Deutschland geschlossen. Leland E. Spencer kündigte, kaum daß er die Leitung der `Commerce and Industry Group` übernommen hatte, ein Wiederaufleben der durch den Krieg suspendierten Wirtschaftsverträge an. Edward S. Zdunek, für Logistik und Infrastruktur zuständig, hatte vor dem Krieg die Niederlassung von General Motors in Antwerpen geleitet. Für den Bereich Bergbau wurde Philip Gaethke gewonnen, lange Jahre Manager der oberschlesischen Niederlassungen von Anaconda Copper. Auch Philip P. Cloyer hatte als Vertreter der Socony Vacuum Oil Company Erfahrungen in Deutschland gesammelt; Draper machte ihn zum Verantwortlichen für Oil und Energie. Peter Hoglund

von General Motors sollte sich mit allgemeinen Problemen industrieller Produktion befassen. Calvin B. Hoover wurde in 'die Abteilung Aufklärung' des Kontrollrates entsandt und war im übrigen als Sonderberater für Draper tätig. Im Schatzamt war man auf ihn wegen wütender Leserbriefe gegen den 'Morgenthau-Plan' aufmerksam geworden. Laird Bell, Anwalt und Präsident der rechtsgerichteten Chicago Daily News, sollte der Wirtschaftsabteilung als 'chief counsel' zur Seite stehen. Bei der Auswahl dieser Mitarbeiter hatte Oberst Graeme Howard mitgewirkt, derselbe Howard, der vor dem Krieg General Motors in Deutschland vertreten hatte und als Autor eines skandalösen Buches in Erscheinung getreten war, in dem er das totalitäre Deutschland in Schutz genommen, einer 'Appeasement'-Politik das Wort geredet und Gift und Galle gegen den 'Kriegstreiber' Roosevelt gespuckt hatte.“(26)

Parallel erfolgte Zug um Zug die Entmachtung der linksliberalen Kräfte:

So wurde der Leiter der Finanzabteilung Oberst Bernhard Bernstein, der aus dem Morgenthau-Ministerium kam und 1944 in der USGCC eine gleichrangige Stellung wie sein mächtiger Gegenspieler Robert Murphy, dem politischen Berater Eisenhowers, innehatte, und seit der Kapitulation der Finance Division der US-Militärregierung vorstand, in der er intensiv die Ermittlungen gegen I.G.-Farben, die Dekartellisierung und Entnazifizierung voranzutreiben suchte, schon am gleichen Tag, als er den Untersuchungsbericht über die I.G.-Farbenindustrie vorlegte (12. 9. 1945) seiner Position enthoben. Die Aufgaben dieser Stelle wurden der neuen Finanz Division unter Joseph M. Doge und der Economic Division unter William H. Draper zugewiesen.

Wohl führte Bernstein seit Mitte September noch die „Investigation of Cartels and External Assets Division“, doch auch diese Abteilung wurde Mitte Dezember wieder aufgelöst, ebenso erloschen die Funktionen des I.G.-Farben Controll Officers. Auch die Aufgaben dieser Stellen wurden nun der Wirtschaftsabteilung zugeschlagen.(27)

Auch James Stuart Martin, der die Decartelization Branch der Economic Division leitete und in den Jahren 1945-1947 als Kontrolloffizier bei den IG-Farben tätig war, wurde ausgeschaltet. Nach der Gründung der Bizone und dem Aufbau der Bizonenverwaltung wurde am 1. März 1948 diese Abteilung aufgelöst; und nur noch eine kurze Zeit gab es eine Decartelization Branch in der „Property Division“.

Auch Russel A. Nixon, Deputy Director der Division „Investigation of Cartels and External Assets“, gab im Dezember 1945 angesichts des Streits um die deutschen Auslandsvermögen auf und trat zurück.(28)

Der Einfluss der Wirtschaftsabteilung (William H. Draper) und insbesondere ihrer Industry Branch unter Lawrence Wilkinson wuchs weiter. Diese Abteilung legte sich einen deutschen Mitarbeiterstab zu, so dass „die Economic Division seit September 1945 den gesamten Verwaltungsapparat der NS-Volkswirtschaft unverändert in der Hand“ hatte. „Als im Herbst die letzte Runde im Machtkampf innerhalb der amerikanischen Militärregierung losbrach, ging ein Teil dieser Funktionseliten in die Britische Besatzungszone, wo das Wirtschafts- und Finanzpotential von Anfang an aus den Entnazifizierungsbemühungen herausgehalten wurde.“(29)

3. Interessen in der Auseinandersetzung um Reparationen und deutsches Industrieniveau

Wie zuvor dargestellt, führte die Umstrukturierung der entwickelten kapitalistischen Industriestaaten auf die Kriegswirtschaft nicht zu einer Schwächung der Wirtschaftskraft, insbesondere nicht der Industriekapazität, sondern im Gegenteil zu einer Stärkung, was sich u.a. in der Erhöhung des BSP nicht nur der westlichen Alliierten sondern auch der Achsenmächte ausdrückte. Lediglich die Volkswirtschaft der UdSSR erfuhr eine tiefgreifende Schwächung.

Aufgrund dieser Ausgangslage bestanden unterschiedliche ökonomische Interessen hinsichtlich der Behandlung Deutschlands nach dem Kriege zwischen den Beteiligten der „Anti-Hitler-Koalition“.

Die UdSSR musste auf deutsche Wiedergutmachungsleistungen in Form von Demontagen als auch Reparationen aus der laufenden Produktion bestehen, um damit ansatzweise ihren zerstörten Produktionsapparat zu sanieren und das Lebensniveau der Bevölkerung anzuheben.

In den westlichen Siegerstaaten mit einem sich in den Kriegsjahren erweiterten fixen Kapitalstock waren Demontagen und Sachwertreparaturen eher kontraproduktiv, ging es doch darum, Strategien zu finden, die erweiterte kapitalistische Reproduktion bei der Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion aufrecht zu erhalten. Interesse bestand daher eher an deutschem Auslandsvermögen in Form von Anlagen und Devisen, der Handelsflotte und dem Zugang zur industriellen Forschung und Entwicklung.

Der Streit um das deutsche Auslandsvermögen Ende 1945 in der „German External Property Commission“ (GEPC) des Kontrollrates leitete schon die spätere Spaltung Deutschlands ein, denn auf Weisung des US-Außenministeriums sollte die UdSSR die „Abteilung Ost“ leiten und damit über die Verwendung deutscher Vermögen in Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Finnland und dem östlichen Österreich bestimmen, während in der „Abteilung West“, zuständig für alle

Länder und Regionen, allein die USA, Frankreich und Großbritannien zu bestimmen hatten. Damit war die UdSSR zum ersten Mal „von einer wichtigen Entscheidung über Deutschlands Zukunft ausgeschlossen“. (30)

Wie bekannt konkurrierten unter den wichtigsten westlichen Besatzungsmächten zwei unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Behandlung Deutschlands miteinander.

Die eine Vorstellung bestand darin, mittels Produktionssenkung, Überwachung und Kontrolle ganzer Industriezweige und Außenhandelsbeschränkung die deutsche Industrie zu schwächen, damit einhergehend sich Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt zu sichern und sichere Absatzmärkte zu verschaffen, um die gestiegene Produktionskapazität in der Nachkriegszeit weiterhin auszulasten.

Die andere Vorstellung beruhte darauf, die Kapazitätserweiterung für den Aufbau eines multilateralen Welthandelssystems (USA) bzw. des Kolonialhandels (GB) zu nutzen, wobei der deutschen Volkswirtschaft bei der Rekonstruktion der europäischen Wirtschaft eine wichtige Rolle zufallen sollte.

Beide Vorstellungen korrespondierten mit unterschiedlichen Kapitalinteressen.

Somit wurde die Reparationsfrage nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein zentraler Streitpunkt in der Auseinandersetzung zwischen UdSSR einerseits und USA/Großbritannien andererseits.

Nachdem General Lucius D. Clay zum stellvertretenden Militärgouverneur für Deutschland ernannt worden war, bestand er nicht nur darauf, dass die USGCC aus der militärischen Kommandostruktur herausgelöst und ihm allein unterstellt wurde, er versuchte sich auch politischen Weisungen aus Washington zu erwehren. Verstärkt rekrutierte er Personal aus Kapitalkreisen, so die Finanziere Bernhard Baruch und Lewis Douglas, die ihn in Wirtschaftsfragen beraten sollten. Während Baruch sich für die Reduzierung deutscher Wirtschaftskraft und damit einhergehend für Reparationen aussprach, verfolgte Douglas eher die Vorstellungen des State Departements und entwickelte industrielle Wiederaufbaupläne.(31)

Als endlich im Mai 1945 die auf der Konferenz von Jalta beschlossene alliierte Reparationskonferenz in Moskau zusammentraf, wurde die amerikanische Delegation von dem Präsidenten mehrerer kalifornischer Ölgesellschaften mit guten Bankenverbindungen Edwin W. Pauley, Trumans persönlichem Botschafter, geleitet. Pauley ersetzte den nur wenige Monate zuvor zum Leiter der Reparationskommission ernannten Isador Lubin, der den reparationspolitischen Vorstellungen des Finanzministeriums nahe stand.

Pauley befürwortete auf der Konferenz wohl Demontagen, lehnte aber Reparationen aus der laufenden Produktion ab. Die US-Delegation vertrat die Position:

„Reparationen aus laufender Produktion sollten (...) aus sicherheitspolitischen wie auch aus finanzpolitischen Erwägungen relativ gering ausfallen und möglichst erst erfolgen, wenn die Leistungsfähigkeit der umstrukturierten deutschen Wirtschaft sich abzeichnete. Um finanziellen Belastungen vorzubeugen, wollten die USA eine Vorrangigkeitsklausel in die reparationspolitischen Grundsätze aufgenommen wissen. Sie besagte, daß nach dem Abschluß der Demontagen die deutsche Erzeugung zunächst zur Erwirtschaftung von Devisen herangezogen werden sollte, die zur Bezahlung der von den Alliierten genehmigten Importe notwendig waren. Erst nach dem Ausgleich der deutschen Handelsbilanz durften dann Reparationen aus Warenbeständen oder laufender Produktion entnommen werden.“(32)

Zudem weigerte sich Pauley von Deutschen zu leistende Zwangsarbeit und eine Gesamtsumme an Reparationen zu akzeptieren, stattdessen empfahl er Prozentsätze, wohl wissend, dass damit die Reparationen auf Null heruntergefahren werden konnten, ein Schachzug, der von den Sowjets schnell durchschaut wurde.(33)

In der Konsequenz bedeuteten Pauleys Vorschläge ein „Abrücken von den Beschlüssen der Krimkonferenz.“(34)

Da keine Einigung erreicht werden konnte, wurde die Reparationsfrage Thema der Potsdamer Konferenz. Zunächst versteifte sich die USA auf ihrer Position.

Dagegen wandte sich der stellvertretende Außenminister und Wirtschaftsexperte der sowjetischen Delegation M. Maiskij auf der Sitzung des Unterausschusses für deutsche Wirtschaftsfragen am 20. Juli 1945, er legte stattdessen großen Wert auf eine ausgeglichene Handelsbilanz einer zu gestaltenden deutschen Wirtschaft und meinte u.a.:

„Es wäre politisch unerwünscht zu sagen, daß die Einfuhren Vorrang vor den Reparationen haben. Jeder würde sagen, daß die Reparationen zuerst kommen und danach die Einfuhren, da wir so viel gelitten haben. Die Kapitalisten möchten aus dem Außenhandel Gewinn ziehen und fragen nicht nach Reparationen für die, die gelitten haben. Außerdem werden die Deutschen, wenn sie hiervon erfahren, zu beweisen versuchen, daß sie ohne sehr beträchtliche Einfuhren nicht leben und nicht exportieren können. Es ist das gleiche wie nach dem letzten Kriege, und es besteht kein Grund für die Annahme, daß sie nicht wieder den gleichen Trick wie nach dem letzten Krieg versuchen werden.“

Die deutsche Wirtschaft wird nach diesem Kriege eine straff gelenkte Wirtschaft sein, denn sonst könnte sie keine Reparationsleistungen usw. leisten (...). Grundsätzlich vertreten wir die Ansicht, daß im Falle eines Konfliktes zwischen Reparationen und Einfuhren die Einfuhren hintenanstehen müssen.“ (35)

Auf die Vorhaltungen der Sowjets, die USA habe wohl ihre Haltung zu den Krimbeschlüssen geändert, reagierte die amerikanische Delegation hinterhältig:

„(...) das sei ein Mißverständnis. Die Regierung der USA habe sich damit einverstanden erklärt, die Summe von 20 Md. Dollar als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren, doch seither haben sowjetische und alliierte Armeen in Deutschland große Zerstörungen angerichtet und es seien einige Gebiete von Deutschland abgetrennt worden. Folglich könne man jetzt praktisch nicht mehr von dieser Gesamtsumme ausgehen, die die amerikanische Delegation in Jalta als mögliche Verhandlungssumme akzeptiert hatte. (...) Die amerikanische Delegation erklärte, sie halte es nicht für möglich, von Österreich und Italien Reparationen in Form von Lieferungen aus der laufenden Produktion zu erheben. Nach Ansicht der amerikanischen Delegation sei nur eine einmalige Entnahme von Ausrüstungen der Kriegsindustrie möglich, die für Zwecke der Friedenszeit nicht genutzt werden können. Die englische Delegation erklärte, sie schließe sich der Auffassung der USA-Delegation an.“(36)

Es war dann der amerikanische Außenminister J. Byrnes, der den Sowjets die Anerkennung der polnischen Westgrenze und die Anerkennung der Regierungen Rumäniens, Bulgariens, Ungarns und Finnlands gegen den Verzicht auf feste Reparationssummen anbot. Auf der 11. Vollsitzung am 31. Juli 1945 führte er aus:

„Ich wiederhole hier den gestern von mir eingebrachten Vorschlag, nämlich, daß die Entnahme von Industrieausrüstungen im Laufe von zwei Jahren abgeschlossen wird, während die Lieferungen an die Sowjetunion im Austausch gegen Lieferungen aus ihrer Besatzungszone im Laufe von fünf Jahren erfolgen sollen. Ich schlug ferner vor, daß die Reparationsansprüche anderer Länder aus den westlichen Besatzungszonen befriedigt werden. Die anderen Fragen, von denen ich sprach und die in unseren Vorschlägen miteinander verbunden sind, betreffen die Westgrenze Polens und die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Wir stimmen der Lösung dieser Fragen zu unter der Bedingung, daß ein Übereinkommen in der Hauptfrage, der Frage der Reparationen, erzielt wird.“(37)

Dieser „Kuhhandel“, der sich im Potsdamer Abkommen dann niederschlug, implizierte faktisch die Teilung des Reparationsgebietes in Ost und West und lastete die Wiedergutmachung hauptsächlich Mitteldeutschland, der SBZ und der späteren DDR auf.(38)

Das Potsdamer Abkommen beschreibt auch Leitlinien zur wirtschaftlichen Gestaltung Nachkriegsdeutschland. Sie umfassen zwei Bereiche:

- a) Abbau nationalsozialistischer Wirtschaftsstrukturen, das meint insbesondere Vernichtung der deutschen Kriegsproduktion und Überwachung derjenigen Produktionszweige, die relativ einfach auf Kriegsproduktion umgestellt werden können (Artikel 11), Entmonopolisierung und Entkartellisierung der Industrie (Artikel 12) sowie alliierte Kontrolle des deutschen Auslandskapitals (Artikel 18),
- b) Neugestaltung der deutschen Wirtschaft und Orientierung auf Friedensproduktion über Stärkung der Konsumindustrie und Ausbau sowie Intensivierung der Landwirtschaft (Artikel 13), Erstellung eines wirtschaftlichen Sofortprogramms, um die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern zu sichern (Artikel 17) und Sorge für eine ausgeglichene Handelsbilanz.

„Die Bezahlung der Reparationen soll dem deutschen Volke genügend Mittel belassen, um ohne eine Hilfe von außen zu existieren. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes Deutschlands sind die nötigen Mittel für die Einfuhr bereitzustellen, die durch den Kontrollrat in Deutschland genehmigt worden ist. Die Einnahmen aus der Ausfuhr der Erzeugnisse der laufenden Produktion und der Warenbestände dienen in erster Linie der Bezahlung dieser Einfuhr.“(39)

Die Umsetzung und Konkretisierung dieser Beschlüsse sollte über den alliierten Kontrollrat erfolgen. Eine zentrale Rolle spielte dabei der zu erstellende 1. Industrieplan.

Im Vorfeld seiner Beratung im Kontrollrat positionierten sich wieder die beiden US-wirtschaftspolitischen Lager und ihre jeweiligen Repräsentanten. So wollte die Foreign Economic Administration (FEA) die kriegswirtschaftlich bedeutenden Produktionszweige im Zusammenhang mit einer tiefgreifenden Umstrukturierung der deutschen Industrie zerschlagen:

„Die Abrüstung sollte sich nicht auf den militärischen Bereich beschränken, sondern Institutionen, Wirtschaftsmechanismen, industrielle Strukturen, Forschung und Wissenschaft, kurz: die gesamte Gesellschaft durchdringen und von der Psyche ihrer Mitglieder keineswegs haltmachen.“(40)

Dagegen opponierte jedoch General Draper, der Leiter der Economic Division, der auf höhere deutsche Exporte drängte, um die notwendigen Devisen für die Importe zu erwirtschaften.

Zunächst wurde ein Lebensniveaustandard-Ausschuss (German Standard of Living Board) unter der Leitung von Calvin B. Hoover bei der Industrieabteilung

der Economic Devison gebildet. Hoover errechnete, dass der Lebensstandard in Deutschland um 26 % des Jahresdurchschnitts der Zeit 1930-38 gesenkt werden könne, so dass er etwa dem des Jahres 1932 entspräche. Darauf aufbauend bestimmte er die überschüssige Industriekapazität Deutschlands, die entweder demontiert oder zur Produktion von Exportgütern herangezogen werden konnte, und errechnete unter Annahme einer erhöhten Kohlequote die Stahlquote: 10 Mio. t Stahl sollte die deutsche Wirtschaft produzieren dürfen. Durch den Export von schweren Nutzfahrzeugen, Werkzeugmaschinen, Nichteisenmetallen und Maschinenteilen sowie einer Verringerung des Imports von Nahrungsmitteln errechnete er sogar einen deutschen Exportüberschuss.

Der Hoover-Bericht erfuhr in der US-Öffentlichkeit starke Kritik, er bildete gleichwohl die Grundlage für den alliierten Kontrollrat.

Nach langen Verhandlungen einigten sich die Alliierten am 10.1.1946 auf den Kompromiss, Deutschland die Produktion von 5,8 Mio. t. Stahl zuzugestehen, was einer Kapazität von 7,5 Mio. t. entsprach. Nachdem auch in der Zement-, Textil- und Stromerzeugungsfrage Kompromisse gefunden worden waren, konnte am 28. März 1946 der 1. Industrieplan für das Jahr 1946 für Deutschland, der das Niveau sämtlicher deutscher Industrien festlegte, durch den Kontrollrat verabschiedet werden.(41)

In Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen wurden als Ziele des Plans festgelegt:

- „a) Ausschaltung des deutschen Kriegspotentials und industrielle Abrüstung in Deutschland,
- b) Zahlung von Reparationen, an die Völker, die unter dem deutschen Angriff gelitten hatten,
- c) Entwicklung der Landwirtschaft und Friedensproduktion,
- d) Aufrechterhaltung eines durchschnittlichen Lebensstandards in Deutschland, der nicht höher liegt als der durchschnittliche Lebensstandard der europäischen Länder (ausschließlich Großbritanniens und der Sowjetunion),
- e) Belassung ausreichender Hilfsmittel in Deutschland nach der Zahlung der Reparationen, um Deutschland in die Lage zu versetzen, ohne Hilfe von außen zu existieren.“(42)

Mit diesem Plan wurde zum letzten Mal von der sog. „Anti-Hitler-Koalition“ versucht, wirtschaftliche Einheit, Demokratisierung der Wirtschaftsstrukturen mittels Umstellung auf Friedens- und Leichtindustrie und Steigerung der Agrar-

produktion zu erreichen bei gleichzeitiger Entschädigung der von deutscher kriegerischer Aggression betroffenen Nationen.

4. Das Problem der deutschen Nahrungsmittelproduktion

Um die Ziele des 1. Industrieplanes umzusetzen, musste die Lebensmittelproduktion erheblich gesteigert werden. Das bedeutete eine Rücknahme der im nationalsozialistischen Faschismus vorgenommenen agrarischen Großraumwirtschaft, eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Beschäftigung und Umstrukturierung des landwirtschaftlichen Sektors.

Vor dem Krieg im Jahre 1939 arbeiteten in Deutschland noch 26% der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und man hatte fast eine Selbstversorgung erreicht. Im Zuge der Großraumwirtschaft sollte Ost- und Südosteuropa zur deutschen Nahrungsversorgung beitragen.

„Innerhalb dieser kontinentalen Ordnung bestand der deutsche Bedarf hauptsächlich aus Obst, Gemüse und Eiern. Ungefähr die Hälfte des Konsums von Hülsenfrüchten, ein Drittel des Eier- und ein Viertel des Obstverbrauchs wurden importiert. Die Grundlagen zu einer Kontinentalpolitik, die die permanente Basis für die deutsche Nahrungsmittelversorgung bieten sollte und daher strategische Sicherheit garantierte, wurden in den dreißiger Jahren mit den bilateralen Handelsverträgen und den Clearing-Abkommen mit den unterentwickelten Staaten Südosteuropas geschaffen.“(43)

Tatsächlich steigerten sich die Nahrungsmittelimporte aus Südosteuropa von 1936 285,9 Millionen (Mio.) Reichsmark auf 1943 1 034,3 Mill. Reichsmark, im Zuge des 2. Weltkrieges übernahm zunehmend auch Westeuropa, vor allem Dänemark, Frankreich, die Niederlande und Italien, die deutsche Nahrungsmittelversorgung.(44)

Mit Kriegsende fielen diese Versorgungsmöglichkeiten aus. Deshalb war eine grundlegende Agrar- und Bodenreform nötig. Sie wurde aber nur in der Sowjetischen Besatzungszone unter Druck der Sowjets im September 1945 in Angriff genommen.(45)

In den Westzonen dagegen waren keine Anstrengungen erkennbar, um mittels einer landwirtschaftlichen Reform die Lebensmittelproduktion zu erhöhen.

Die landwirtschaftliche Produktion erreichte nicht einmal den Vorkriegsstand:

Tabelle 2: Die landwirtschaftliche Produktion im „Vereinigten Wirtschaftsgebiet“(46)

	1935/38	1945	1946	1947
<hr/>				
Pflanzliche Erzeugnisse (in Mill. Tonnen)				
Roggen	2,7	1,5	1,7	1,8
Weizen (Spelz)	2,2	1,3	1,3	1,0
Kartoffel	16,1	12,3	11,2	12,8
Tierische Erzeugnisse (in Mill. Tonnen)				
Kuhmilch	12,9	-	-	7,4
Butter (Molkerei)	0,22	-	0,20	0,15
Fleisch (aus gewerbl. Schlachtereien)	1,2	-	0,43	0,44

Der Leiter der Entkartellisierungsbehörde von OMGUS, James Stuart Martin, vermutete dahinter ein bewusstes Vorgehen, um mit Hilfe einer Hungerpropaganda Druck auszuüben, damit die Schwerindustrie (heavy industry) wieder belebt werde:

“Die Tatsache, daß die Nahrungsmittelversorgung dann ernsthaft knapp wurde, lag zum Teil im Versäumnis die deutsche Landwirtschaft zu reformieren sowie ein Maximum an Produktion zu erreichen. Arbeitskräftemangel, Fehler in der Landzuweisung und das Fehlen eines positiven Programms, um die Produktion anzuregen, waren dafür verantwortlich. Personaleinschränkungen in der Ernährungs- und Landwirtschaftsabteilung unserer Militärregierung, der Mangel grünes Licht zu geben zur Durchführung von Reformen und der Fehler, Samen und Düngemittelimporte nicht zu erlauben, alles diente zur Lähmung eines fähigen amerikanischen Stabes, weil die Hauptverantwortung den Deutschen selbst übertragen wurde, in der US-Zone den Nahrungs- und Landwirtschaftsministern der verschiedenen Länder.“(47)

Im März 1947 waren die Nahrungsmittelvorräte auf nur 50-60 % der geschätzten Ernte gesunken, der Schwarzmarkt blühte und die US-Militärregierung verfügte nur über 12 US-Inspektoren, die die Landwirtschaft und Nahrungsmittelverteilungs-Aktivitäten der deutschen Stellen überwachen sollten. Dabei zeigte sich, dass “in der britischen Zone () das System der Berechnung der Nahrungsmittelimporte so tief eingebrochen (ist), daß von den ersten 3 Mill. t Getreide, das aus den USA kam, etwa 300 000 Tonnen unerklärlich verschwunden ist.“(47)

Die Hoffnung, die zunehmenden Importe durch steigende Exporte, vor allem von Kohle, ausgleichen zu können, erwiesen sich als trügerisch.

Es trat auch bei der Kohleförderung, die nicht begrenzt war, ein spektakulärer Rückgang ein, sie sank etwa auf die Hälfte der Förderkapazität der Vorkriegszeit.

Tabelle 3(48)

Jahres- bzw. Monatsdurchschnitt	1 000 t	1936 = 100
1936	384,4	100,0
1946	177,8	46,3
1947	234,7	61,1

Die Kohlexporte, sowohl Steinkohle als auch Braunkohle umfassend, sanken sogar noch von 1946 bis 1947 um rund ein Drittel.(49)

Die geringe Förderleistung lässt sich nicht allein durch die physische Schwäche der Bergleute erklären:

„Die Hauptgründe für die gänzliche Einstellung der Produktion lagen jedoch darin, daß der Leitungsorganismus der Zechen zerstört, das Eigentum an den Bergwerken ungewiß und kein Anreiz zum Abbau und Absatz der Kohle vorhanden war. Die ehemaligen Eigentümer standen vorübergehend ziemlich weit vom Schuß, aber sie wurden geschickt von den zurückgebliebenen Direktoren und leitenden Angestellten vertreten. Diese Leute hatten allen Grund, keine Kohle zu fördern; die Kohle unter der Erde stellte eine wertvolle Reserve und die Grundlage für einen etwaigen Profit dar, die geförderte und für entwertete Reichsmark in Deutschland verkaufte dagegen war ein privater Verlust. Ein sogar noch größerer Verlust war, von privatkapitalistischem Standpunkt aus, geförderte und als Reparationsleistung in andere Länder gelieferte Kohle. Derartige Exporte verminderten nicht nur die Kohlereserven ohne Profit für die Eigentümer, sondern halfen auch bei der Wiedergesundung ihrer ehemaligen, und wie sie erwarteten, gegenwärtigen und zukünftigen Konkurrenten.“(50)

Das Ergebnis war, dass die Importe die Exporte übertrafen, so dass 1947 die britische und US-Zone mit annähernd 1 Milliarde Dollar verschuldet waren.

Tabelle 4: Der Außenhandel Westdeutschlands und Westberlins 1945 bis 1947 (in Millionen Dollar - reiner Warenverkehr)(51)

Jahr	Importe			Exporte	Importüberschuss
	Finanziert durch ausländische - Hilfe	kommerzielle Hilfe	insgesamt		
1945					
Aug./					
Sept.	64	32	96	52	44
1946	468	221	689	201	488
1947	600	243	843	315	528
insges.	1132	496	1628	568	1060

Es war also genau das eingetreten, was Maiskij befürchtet hatte und das mit der Forderung nach einer ausgeglichenen Außenhandelsbilanz verhindert werden sollte, nämlich dass das Handelsbilanzdefizit durch werträchtigere Waren, die besonders in der Großindustrie produziert werden konnten, ausgeglichen werden musste.

Dem standen jedoch die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens und die Folgevereinbarungen entgegen. Damit sind gemeint: der 1. Industrieplan des Alliierten Kontrollrates vom März 1946, dessen Durchführung die „Reduktion der industriellen Kapazität Deutschlands auf 50%-55% des Standes von 1938 (oder 67% des Standes von 1936)“⁽⁵²⁾ bedeutet hätte, die vereinbarten Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion an die UdSSR, die zonale Aufteilung Deutschlands sowie die Dekartellisierungs- und Entnazifizierungsbestimmungen.

5. Die Auflösung der „Anti-Hitler-Koalition“ und die Integration Westdeutschlands in die Strategie der Rekonstruktion Europa in das kapitalistische Welthandelssystem

Sobald der 1. Industrieplan bekannt wurde, opponierten nicht nur die OMGUS-Industrieabteilung, sondern auch starke Kräfte im US-Außen-, Handels- und Kriegsministerium sowie auch Deutsche von Viktor Agartz über Franz Blücher bis zu Ludwig Ehrhard.

Im US-Außenministerium wurden schon seit längerer Zeit – u.a. 1945 auf Initiative Senator Vandenberg - Vorstellungen entwickelt, die deutsche Frage einge-

bettet in den europäischen Kontext zu lösen. Nun ging es um die schrittweise Umsetzung dieses Konzept, das vorsah:

„sofortige Schaffung von deutschen Zentralverwaltungen, um die Teilungstendenzen zu überwinden; ein ambitioniertes Wirtschaftsprogramm, das kommunistischen Ideen den Nährboden entziehen sollte; Integration Deutschlands in den Welthandel und Wiederaufbau seiner Industrie, wovon lediglich der Rüstungssektor ausgeschlossen werden mußte, denn ohne Waffen und ausgebildete Truppen könne Deutschland keinen Krieg führen.“(53)

Tatsächlich wurden „die Weichen zur Teilung Deutschlands und Europas im Sommer 1946 gestellt“(54) im Zusammenspiel von US-State Department und US-Eliten.

Während im Außenministerium 1946 unter Wallace zunächst noch kooperative Vorstellungen hinsichtlich einer gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und eines gesamteuropäischen Rates entwickelt und für ein „Europa bis zum Ural“ geworben wurde, propagierte gleichzeitig der New Yorker „Council on Foreign Relation“ den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft als Voraussetzung für den raschen Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft und die Abkehr von den Potsdamer Bestimmungen bezüglich der deutschen Industrie- und Handelsbeschränkungen.(55)

Mit der Ernennung George C. Marshalls zum Außenminister im Januar 1947 setzte sich diese Strategie, die letztlich zum „Kalten Krieg“ führte, dann auch durch.

Über verschiedene Etappen erfolgte die Umorientierung der US-Besatzungspolitik: beginnend mit der Erklärung des Außenministeriums zum Industrieplan vom 12.12.1945, die Pariser Außenministerkonferenz (15.6.-12.7.1946) zur Kontrolle des Ruhrgebietes und der Rüstungsindustrie, über die Byrnes-Rede vom 6.9.1946 in Stuttgart, die Bildung der Bi-Zone am 1.1.1947, den Bericht der Hoover-Kommission in Deutschland vom Februar 1947, die Truman-Doktrin vom März 1947, die Moskauer Außenministerkonferenz vom April 1947, die Rede Dean Achesons vom 8.5.1947, die Marshall-Rede vom 5.6.1947 mündete sie in die neue Direktive vom 15.7.1947 JCS 1779, die die Direktive JCS 1067 ablöste, und im Herbst 1947 in den revidierten Industrieplan für die amerikanische und britische Besatzungszone. Es folgten die Einstellung der Reparationsleistungen an die UdSSR und 1948 der Marshallplan und die Währungsreform.

Während es in der Direktive JCS 1067 hieß, dass keine Schritte unternommen werden sollten, „die (a) zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands

führen könnten oder (b) geeignet sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken“, lautete nun die Anweisung:

„Sie haben die Beseitigung bestehender Handelsbeschränkungen zu unterstützen und dabei zu helfen, daß der Außenhandel wieder in seine normalen Bahnen gelenkt wird.“(56)

Die neue Direktive verpflichtete Clay ein Produktions- und Außenhandelsprogramm zu erarbeiten, das deutsche Exporte voll bezahlt, „und zwar in Form von bewilligten Importen oder in ausländischer Währung, die zur Bezahlung bewilligter Importe verwendet werden kann. Außerdem soll das Programm eine Bestimmung enthalten über die Errichtung eines Fonds, in den alle Exporterlöse eingezahlt werden sollen. Aus diesem Fonds sollen in erster Linie die notwendigen Importe für ganz Deutschland bezahlt werden.“(57)

Ihr lag ein am 29. April 1947 verabschiedetes Grundsatzpapier des Vereinigten Generalstabes zugrunde, das zusammen mit den Denkschriften des Außenministeriums eine antikommunistische Eindämmungsstrategie mit dem Kernelement eines „reinen Wirtschaftskrieges“ vereinte.(58)

Die neue Direktive nahm damit den Marshallplan schon in sich auf.

Parallel mit dem Marshallplan lief die westdeutsche Währungsreform, die schon im Colm-Dogde-Goldschmidt-Plan vom 20.5.1946 entwickelt und mit dem Druck der neuen Banknoten im Oktober 1947 in den USA und ihrem Transport nach Westdeutschland eingeleitet worden war. Die Währungsreform sollte den durch die Rüstungs- und Kriegspolitik des Nationalsozialismus aufgeblähten Geldsektor in ein reales Verhältnis zur bestehenden westdeutschen Wirtschaftskraft setzen. Mit ihr wurden denn auch 93,5 % des alten Reichsmarktvolumens aus dem Verkehr gezogen. Betroffen von den Währungsreform waren hauptsächlich Sparer, die real gesehen eine Abwertung ihrer Einlagen zum Faktor 100:7 hinnehmen mussten, während die späteren Lastenausgleichszahlungen aus Vermögen dem Vermögenszuwachs entnommen werden, das heißt letztlich auf den Verbraucher abgewälzt werden konnten.(59)

„Folgte der Währungsschnitt selber strikt amerikanischen Plänen, kamen die an neoliberalen Doktrinen orientierten wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Verwaltung für Wirtschaft und ihres Direktors Ludwig Erhard in dem „Gesetz über die Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform vom 24.6.1948 zum Zuge“(60), die sich hauptsächlich auf den Konsumgütersektor bezogen.

Der Marshallplan nun wieder, das European Recovery Program, der am 3.4.1948 in Kraft trat, stellte für einen Zeitraum von viereinhalb Jahren 17 Mil-

liarden Dollar zur Verfügung, von denen 7 Milliarden Dollar gleich verfügbar waren. 437 Millionen Dollar wurden im ersten Jahr des Planes für Westdeutschland festgelegt.

Das Programm wurde über die European Cooperation Administration (EAC) in Washington und die Organization for European Economic Cooperation (OEEC), in der bis 1949 die Militärgouverneure und später die BRD vertreten waren, koordiniert und umgesetzt.

Den Empfängern der ERP-Mittel (Westdeutschland erhielt von 1948-1952 1 412,8 Mio. Dollar) wurde die Auflage gemacht, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse offen zu legen, mit den erhaltenen Mitteln amerikanische Waren zu importieren und die Bezahlung über Gegenwertkonten abzuwickeln.(61)

Während in den ersten drei Jahren die Importe nach Deutschland hauptsächlich über GARIOA (Government Appropriations for Relief in Occupied Areas) erfolgten, (von 1946-1950 in Höhe von 1 620, 2 Mio. Dollar) wobei über 70% auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln, Saatgut und Kunstdünger entfielen, verlagerten sich nun mit dem Marshallplan (3.4.1948) die Importe aus den USA auf industrielle Rohstoffe und Fertigwaren.

Der Marshallplan bedeutete für Deutschland auch, dass Devisen für die benötigten Einfuhren, das hieß vor allem für amerikanische Waren, bereit gestellt und ein Fond für spezifische Investitionen geschaffen werden musste.(62)

Den US-Großbanken bot der Marshallplan einen riesigen Kreditmarkt: In den ersten zwei Jahren beteiligten sich an den Kapitaltransaktionen „die Chase National Bank (Rockefeller) mit einer Gesamtsumme von 528 Millionen Dollar; die National City Bank of New York (Morgan) mit 381 Millionen, die Bankers Trust Co. (Morgan) mit 324 Millionen und J.P. Morgan mit 276 Millionen Dollar.“(63)

Die Kredite kamen besonders den Industriezweigen Westdeutschlands zu gute, die mit US-amerikanischen Unternehmen eng verbunden waren, besonders der Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Chemie, Erdölgewinnung, Erdöl- und Kohlewertprodukte.(64)

In Westdeutschland führte er zur weiteren Verschuldung:

„Allein in den zwei Jahren 1948 und 1949 war die Verschuldung Westdeutschlands ausschließlich auf dem Handelswege (...) um über 4½ Milliarden Mark gestiegen, und 1950 kamen weitere 3 Milliarden dazu.“(65)

1950 stieg die Verschuldung Westdeutschlands auf über 20 Milliarden Mark, 12-15 Milliarden an die USA, 10 Milliarden an private Geldgeber, sie war damit höher als 1931, als ganz Deutschland mit 10,7 Milliarden Mark langfristiger Kredite belastet war.(66)

Der Marshallplan hatte jedoch nicht nur ökonomische Implikationen sondern eindeutige politische Ziele: Er sollte den kommunistischen Einfluss in Europa und speziell sozialistische Strömungen unter der Bevölkerung die Basis nehmen, denn immerhin standen bei einer Sozialisierung oder Verstaatlichung der Konzerne und der Grundstoffindustrie US-monopolistische Interessen auf dem Spiel. So besaßen US-Monopole Beteiligungen allein an deutschen Unternehmen in Höhe von 1,4 Milliarden, vor allem in der Erdölindustrie, der elektrotechnischen Industrie und der Automobilindustrie.

Durch die damit einhergehende Integration Westdeutschlands in das kapitalistisch organisierte weltwirtschaftliche System leitete er eine „ökonomische Kriegsführung“ gegen die UdSSR ein.(67)

Er bedeutete faktisch die Aufkündigung der Politik der friedlichen Koexistenz des Potsdamer Abkommens und den Beginn des „Kalten Krieg.“(68)

Mit dem Marshallplan und der Währungsreform kam es nicht nur zu einem wirtschaftlichen Aufschwung Europas und speziell Westdeutschlands(69), sondern auch zur Teilung Europas und Deutschlands, zur gesellschaftlichen Restauration und personellen Rehabilitierung all der durch den Nationalsozialismus und Krieg belasteten Personen.

„Die Offerte an die deutschen Machteliten zur Integration in das europäische Wiederaufbauprogramm der amerikanischen `Containment`-Strategie lockte mit einem radikalen Schlussstrich unter die besatzungspolitischen Versuche zur Zähmung ihrer abgründigen Vergangenheit. Das war, bezogen auf Deutschland, die entscheidende politische Gegenleistung der USA. Indem sie ihren chauvinistischen Expansionismus zugunsten ihrer antisowjetischen Bollwerkfunktion `europäisch` integrierte, sollte die deutsche Finanz- und Wirtschaftselite für die zu erwartende Folge des neuen Kurses gewonnen werden (...)“(70)

In neueren Darstellungen wird die Bedeutung von Währungsreform und Marshallplan für den wirtschaftlichen Aufstieg der Westzonen und der BRD weniger hoch eingeschätzt, da er schon Ende 1947/Anfang 1948 aus eigener Kraft eingeleitet worden sei.

Bedeutsamer sei der Koreakrieg und der damit ausgelöste Koreaboom gewesen, da er die Nachfrage nach deutschen Investitionsgütern und Rohstoffen aus dem Ausland in die Höhe getrieben habe, die Westdeutschland mit seinen freien Re-

serven erfüllen konnte. Damit gewann nun wieder die Schwerindustrie an Bedeutung, sie dominierte den Außenhandel und leitete eine exportorientierte Wirtschaftspolitik ein, die dann auch die Investitionsgüterindustrie begünstigte.

„Der Krieg in Ostasien hat damit den Lauf der westdeutschen Rekonstruktion stärker beeinflußt als alle wirtschaftspolitischen Planspiele.“(71)

So erreichte Westdeutschland schon 1950 das Industrieniveau von 1936 wieder und konnte es in den nachfolgenden sechs Jahren - mit Ausnahme des Bergbaus, dessen Bedeutung durch Erdölsubstitution weltweit zurückging – sogar verdoppeln:

Tabelle 5: Index der Industrieproduktion, 1950 bis 1956 (1936 = 100)(72)

Jahr	Bergbau	Grundstoff- u. Produktionsgüterin.	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrung- u. Genußindustrien	Ins-gesamt	Bauhaupt-Gewerbe
1950	104	103	113	113	108	109	110
1951	116	122	147	129	122	130	122
1952	124	127	164	130	132	138	129
1953	128	137	173	152	154	154	153
1954	133	156	205	166	162	172	169
1955	141	181	252	184	178	200	191
1956	148	193	274	199	191	216	200

Auch baute Westdeutschland seine Position in der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt erheblich aus und lag 1956 wieder an dritter Stelle, während Frankreich und England an Rang verloren:

Tabelle 6: Anteil an der Industrieproduktion in der kapitalistischen Welt (in Prozent)(73)

Jahr	Deutschland	Westdeutschland	England	Frankreich	USA
1913	16	-	14	6	36
1920	9	-	14	5	47
1937	12	8	11	5	42
1946	-	3	10	4	62
1950	-	5	10	4	55
1956	-	8	10	4	48

Im Welthandel vermochte Westdeutschland aufgrund niedriger Löhne und umfangreicher unternehmensbezogener Steuerbegünstigungen sich seiner Vorkriegsposition wieder annähern.

Tabelle 7: Anteil am Welthandel (in Prozent)⁽⁷⁴⁾

Jahr	Westdeutschland	England	Frankreich	USA
1937	6*	14	5	12
1950	4	12	5	17
1953	6	11	6	18
1956	7	10	5	17

***Deutschland insgesamt 9 Prozent**

Letztlich hat damit der Krieg sei es der Zweite Weltkrieg, sei es dann der Koreakrieg den Kapitalstock der westdeutschen Wirtschaft erhöht und die ihn beherrschenden Kräfte gestärkt.

5. Zusammenfassung und Ausblick

1) Der Zweite Weltkrieg hat die Bedingungen eines neuen wirtschaftlichen Aufschwungs aus der Weltwirtschaftskrise geschaffen; dieser Aufschwung erfolgte mittels der Kriegsproduktion.

2) Die Kriegsproduktion förderte in Europa die Produktionsausweitung vor allem in der Grundstoff-, Investitionsgüterindustrie- und Kriegsgüterindustrie und die damit einhergehende Kapitalakkumulation, in den USA zusätzlich auch die der Konsumgüterindustrie, einige britische Kolonien konnten durch Ausweitung der Exporte von Bodenschätzen und der Lebensmitteln sogar ihre Auslandsverschuldung abbauen und damit ihren nationalen ökonomischen Aktionsraum erweitern.

3) Die zeitweise Ausschaltung Deutschlands als ökonomische Macht nach dem Zweiten Weltkrieg und die finanzielle Verschuldung vor allem von Frankreich und England an die USA führten dazu, dass das US-Kapital als die bestimmende Kraft bei der Rekonstruktion des Weltmarktes auftrat.

4) Der profitablen Nutzung ihrer industriellen Überkapazitäten und ihres anlage-suchenden Finanzkapitals waren jedoch durch die planwirtschaftlich-sozialistischen Systeme einerseits und die finanzielle Schwäche der entwickelten

Industriestaaten, vor allem in Europa und Südost–Asien, sowie durch die britische Präferenzpolitik gegenüber ihren Kolonien Grenzen gesetzt.

5) Deshalb war es notwendig, einen institutionellen Rahmen zu schaffen, über den die Rekonstruktion des Weltmarktes erfolgen konnte. Weltbank, Weltwährungsfond und GATT als internationale Organisationen entfalteten aber nicht die erforderliche Wirkung, zumal das europäische Wirtschaftszentrum keine ökonomischen Impulse geben konnte.

6) Es entsprach somit der Logik des Gesamt-Kapitals als System, den europäischen Wirtschaftsraum wieder aufzubauen, die gesellschaftlichen arbeitsteiligen Wirtschaftsbeziehungen erneut zu verknüpfen und die deutschen Kapazitäten, insbesondere der Schwer- und chemischen Industrie, zunächst noch unter westalliiertes Treuhänderschaft, zu nutzen. Dies war der Kern des Marshallplan, des European Recovery Program (ERP): Es leistete nicht nur eine Anschubfinanzierung, sondern koordinierte auch die Investitionspläne der an ihm beteiligten Staaten, ermöglichte dem Finanzkapital Anlagemöglichkeiten und eröffnete dem Warenkapital, besonders der industrielle Verbrauchsgüter- und Konsumgüterindustrie, Absatzmärkte.

7) Da dieses Aufbauprogramm kapitalistischen Rationalitätsüberlegungen folgte, blieben sozialistisch organisierte Gesellschaften ausgeschlossen. Es wirkt wie Ironie der Geschichte, dass die UdSSR durch ihren Abwehrkampf gegen den Faschismus zu den hohen Kriegsgewinnen des US- Monopol- und Finanzkapitals beitrug, daraus jedoch keinen Nutzen ziehen konnte, sondern das US-Rüstungskapital stärkte, das sich nun der Eindämmung sozialistischer Systeme und nationaler Befreiungsbewegungen zuwandte und die UdSSR in einen rüstungswirtschaftlich ruinösen Wettbewerb verwickelte, in dem das System nur zerbrechen konnte.

8) Die alten und neuen Führungseliten faschistischer Systeme dagegen wurden wieder als Technokraten in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik benötigt. Um sie einerseits von der nationalsozialistischen Ideologie und andererseits möglichen Widerstand gegen das von den USA vorgegebene europäische Konzept im Rahmen eines weltwirtschaftlichen Integrationssystem abzubringen, erwiesen sich im Nachhinein die – wenn auch ursprünglich antifaschistischen Intentionen folgende – Entkartellisierung und Entnazifizierung als funktional.

1) Milward, Alan S.: Der Zweite Weltkrieg. Krieg. Wirtschaft und Gesellschaft 1939-1945. München 1977. Vgl. auch Junker, Detlef: Von der Weltmacht zur Supermacht. Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich 1995, S. 63: „Von 1939 bis 1945 verdoppelte sich die Industrieproduktion. Ohne zum Mittel der zwangsweisen Dienstverpflichtung Zuflucht nehmen zu müssen, wurden 1944 18,7 Millionen mehr Menschen beschäftigt als 1939. Die Streitkräfte nahmen 11 Millionen Menschen auf, die Wirtschaft absorbierte 7,7 Millionen. Von den 18,7 Millionen waren ungefähr 10 Millionen ein Zuwachs an neuen Kräften, 8,7 Millionen stammten aus dem Heer der Arbeitslosen. Das Bruttosozialprodukt, das 1929 bereits 104 Milliarden Dollar erreicht hatte, 1933 auf 56 Milliarden abgesunken und bis Ende des Fiskaljahres 1939 (am 30. Juni 1940) wieder auf 91 Milliarden angestiegen war, erhöhte sich bis zum 30. Juni 1945 auf 211 Milliarden Dollar. Die Verschuldung des Bundes, die sich 1933 auf 33 Milliarden und 1939 auf 40 Milliarden Dollar belaufen hatte, wuchs 1941 auf 48 Milliarden, 1942 auf 72 Milliarden, 1943 auf 136 Milliarden, 1944 auf 201 Milliarden und 1945 auf 258 Milliarden Dollar an. Die Schätzungen für die gesamten Kriegsausgaben bewegten sich zwischen 260 und 315 Milliarden Dollar. (...) 1943 und 1944 produzierten sie 40% aller Kriegsgüter der Welt.“ - Auch in Deutschland erhöhte sich kriegsbedingt die Industrieproduktion, wobei die Mitteldeutschlands sogar die Westdeutschlands noch übertraf:

Tabelle: Bruttoindustrieproduktion in Teilgebieten Deutschlands 1939/40 (1936=100)

	spätere SBZ	1939 Berlin	West- deutsch- land	spätere SBZ	1944 Berlin	West- deutsch- land
Grundstoffe	130	131	116	147	97	129
Bau und Investitionsgüter	149	145	135	204	143	171
Verbrauchsgüter	128	113	115	92	46	83
Gesamt	137	134	123	148	103	131

Fäßler, Peter E.: Durch den „Eisernen Vorhang“. Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen 1949-1969. Köln, Weimar, Wien 2006, S.25

2) Milward, A.S.: Der Zweite Weltkrieg, aaO (Anm. 1), S. 124

3) ebenda, S. 122

4) ebenda, S. 88

5) Heininger, Horst: Der Nachkriegszyklus der deutschen Wirtschaft 1945-1950. Berlin (DDR) 1959, S. 22. Vgl. Zum Gesamtkomplex auch: Die Monopole der USA (Monopoly today, 1950). Eine Untersuchung der Labor Research Association (Vereinigung zur Erforschung der Arbeiterfrage). Berlin (DDR) 1952, S. 15 f. Danach lagen die Profite aller Kapitalgesellschaften nach Abzug der Steuern sogar noch wesentlich höher und stiegen von 1939 bis 1949 von 5 Milliarden auf 17 Milliarden, also um 240%.

6) Foschepoth, Franz: Großbritannien und die Deutschlandfrage. Auf den Außenministerkonferenzen 1946/7. In: Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konfliktes 1945-

1949. Studien zur Deutschlandfrage. Bd. 7. Berlin 1984, S. 60. Zum Umfang von Leih- und Pacht vgl. auch Stettinius, E. R. j.: Welt in Abwehr. Leih-Pacht (Lend-Lease. Weapon for Victory, 1943) Leipzig, München (1946), bes. S. 412

⁷⁾ Heininger, Horst: Der Nachkriegszyklus..., aaO (Anm. 5), S. 26

⁸⁾ Truman, Harry S.: Memoiren. Bd. I: Das Jahr der Entscheidungen. Stuttgart 1955, S. 524

⁹⁾ Drechsler, Karl: Die USA des Jahres 1945 und die Potsdamer Konferenz. Herausforderungen – Chancen – vertane Möglichkeiten. In: Timmermann, Heiner: (Hrsg.): Potsdam 1945. Konzept, Taktik, Irrtum ? Berlin 1997, S. 29-43, zit. S. 33. Vgl. auch: Schmidt, Gustav (Hrsg.): Ost-West-Beziehungen : Konfrontation und Détente 1945-1989. Bochum 1993, 3 Bände. In verschiedenen Beiträgen der 1993 stattgefundenen Konferenz wird klar herausgearbeitet, dass der „Kalte Krieg“ als Wirtschaftskrieg eingeleitet wurde im Wissen, dass angesichts des stärkeren ökonomischen Potentials der westlich kapitalistischen Staaten der „Systemwettbewerb“ gegenüber den sozialistisch verfassten Ländern nur gewonnen werden konnte.

¹⁰⁾ Truman, Harry S.: Memoiren, aaO (Anm. 8), S. 492

¹¹⁾ Huster, Ernst-Ulrich, Kraiker, Gerhard, Scherer, Burkhard, Schlotmann, Friedrich-Karl, Welteke, Marianne: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945 - 1949. Frankfurt /M. 1979 (sechste Auflage), S. 43. Tatsächlich war in nur zwei Jahren dieser Kredit auf 850 Millionen Dollar abgeschmolzen, vor allem deswegen, weil das britische Handelsbilanzdefizit bis 1947 ständig zunahm. Vgl. auch Truman, Harry S.: Memoiren..., aaO. (Anm. 8), S. 505512

¹²⁾ vgl. Truman, Harry S.: Memoiren (Anm. 8), S. 606 f. als Dokument abgedruckt. Wallace zeigte auch Verständnis für die „katastrophale() wirtschaftliche () Notlage Rußlands und meinte deshalb: „Ich glaube, wir können die Sowjets eines Besseren belehren und ihr Vertrauen in unsere ehrlichen Friedensbemühungen am besten dadurch stärkern, daß wir ihnen beweisen, wie sehr uns daran gelegen ist, mit ihnen Handel zu treiben und unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu festigen.“ Er konnte dabei auf ein Verständigungsansatz zwischen Roosevelt und Stalin auf der Teheraner Konferenz verweisen und aufbauen. In dem Gespräch am 28. November 1943 meinte Roosevelt, er wolle später mit Stalin „über eine Verteilung der Handelsflotte Großbritanniens und der Vereinigten Staaten sprechen, die es der Sowjetunion erlauben würde, mit der Entwicklung der eigenen Handelsschifffahrt zu beginnen. England und die USA würden nach Beendigung des Krieges eine zu große Handelsflotte haben, und er, Roosevelt beabsichtige einen Teil dieser Flotte den Vereinten Nationen zu übergeben. Stalin antwortet, daß das gut wäre. Wenn die Vereinigten Staaten das wollten, so könnten sie es tun. Er müsse sagen, daß Rußland nach dem Krieg ein großer Markt für die Vereinigten Staaten sein werde. Roosevelt sagt, daß die Amerikaner nach dem Kriege große Rohstoffmengen benötigen würden, und er glaube deshalb, daß zwischen unseren Ländern enge Handelsbeziehungen bestehen werden. Stalin stimmt dem zu und sagt, daß wir den Amerikanern Rohstoffe liefern könnten, wenn sie uns Ausrüstungen zur Verfügung stellen würden.“ Ansatzweise wird dabei ein Kompensationshandel: Rohstofflieferung gegen Investitionsgüter erkennbar. Sanakojew, Sch., P., Zybulewski, B. L.: Teheran. Jalta. Potsdam. Eine Dokumentensammlung. Frankfurt/M 1978, S. 35-36. Zu Wallace Position der „friedlichen Koexistenz“ und der Nachkriegswirtschaftsordnung; vgl. auch: The Price of Free World. In: Prefaces to Peace. New York 1952, S.368–415, in der er seinen Wunsch ausdrückte, dass die westlichen Demokratien und Russland noch vor Kriegsende zu einem Verständnis kommen müssten („we must

deal honestly and fairly with Russia and be tolerant and even helpful as she works out her economic problems in her own way”), um einen 3. Weltkrieg zu verhindern., S. 415

¹³⁾ Perlo, Viktor: Der amerikanische Imperialismus. Berlin (DDR) 1963, S. 47

¹⁴⁾ ebenda, S. 62f

¹⁵⁾ ebenda., S. 63

¹⁶⁾ Perlo, Viktor: Der amerikanische..., aaO (Anm. 13), S. 64. Tatsächlich erhöhten sich die US-Auslandsinvestitionen von 1939 11,4 Mrd. (davon 7 Mrd. direkte), 1946 auf 18,7 Mrd. (7,2 Mrd. direkte), 1953 auf 39,6 Mrd. (16,3 Mrd. direkte) 1955 auf 44,9 Mrd. (19,2 Mrd. direkte) Dollar. Dementsprechend erhöhten sich auch die Profite aus den Auslandsinvestitionen an den Gesamtprofitenvon 1940 = 9,2%, 1946 = 7,0%, 1950 auf 8% , 1955 auf 13,5% und 1956 auf 14,7%: Perlo, Viktor: Das Reich der Hochfinanz. (The Empire of High Finance) Berlin 1960, S. 400 und 401. Vgl. auch Magdoff, Harry: Das Zeitalter des Imperialismus. Die ökonomischen Hintergründe der US-Außenpolitik. In: Probleme sozialistischer Politik, Nr.: 17, Frankfurt 1970. Vgl. auch: Die Monopole der USA, aaO (Anm. 5), Auslandsinvestitionen und Monopole, S. 141 161

¹⁷⁾ Perlo, Viktor: Der amerikanische Imperialismus , aaO (Anm. 13), S. 143 ff. - Perlo, Viktor: Das Reich der Hochfinanz., aaO (Anm. 16), S. 371 ff.

¹⁸⁾ Perlo, Viktor: Der amerikanische Imperialismus, ebenda S. 44

¹⁹⁾ Perlo, Viktor: Das Reich der Hochfinanz, aaO (Anm. 16), S.390

²⁰⁾ Kahn, Albert E.: High Treason. The plot against the people. New York, S. 250. Weiterhin erhielten die nachfolgenden Kapitalvertreter folgende Posten: „Arthur M. Hill, Chairman of the National Resources Board; President of the Atlantik Greyhound Corp.; Sidney W. Souers, Sekretary of the National Security Council; former vice-president of the General American Life Insurance Corp.; Robert A. Lovett, Undersecretary of State 1947-1949, Sept. 1950 stellvertretender Verteidigungsminister; Partner in the banking firm of Brown-Brothers Harriman & Co.; Brigadegeneral General Charles E. Sultzman, Assistant Secretary of State; former vice-president of the New York Stock Exchange;; Lewis W. Douglas, Ambassador to Great Britan; former president of the Mutual Life Insurance Co., ex-vice president American Cyanamuel Co. and director of General Motors; Archibald Wiggins, Undersecretary of the Treasury; former president of the Trust Company of South Carolium, former president of the American Bankers Association; Thomas B. McCabe, chairman of the Federal Reserve Board,; president of the Scott Paper Co.; William M. Martin, chirman of Export-Import Bank; former president of the New York Stock Exchange; William S. Symington, Secretary of the Air Force; president of the Emerson Electrical Manufacturing Co.; Arthur Barrows, undersecretary of the Air Force; former president of Sears Roebuck & Co.; Cornelius Vanderbilt Whitney, Assist. Secretary of the Air Force; chairman of the board of Hudson Bay Mining and Smelting Company; Thomas H. Hargrave, chairman of the Munizions Board; President of Eastman Rodal Corp.; Kenneth C. Royall, secretary of the Army; Chairman of the Board of Mebanco-Royall Corp.; Major General William H. Draper, Undersecretary of the Army; former vice-president of the banking firm of Dillon, Read & Co.”

²¹⁾ Horowitz, David: Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam. Bd.1. Berlin 1969, S. 43

- ²²⁾ Weisz, Christoph (Hrsg): *OMGUS - Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949*. München 1994, S. 13
- ²³⁾ ebenda, S. 21; Lucius D. Clay, Leiter der OMGUS, Armeeingenieur, Sohn des Senators von Georgia, von J. F. Byrnes als Stellvertreter des Direktors der War Mobilisation Board protegiert, später Aufsichtsratsmitglied von Newmont Mining Corp.; Joseph H. Doge, Finanzberater Clays, Bankier aus Detroit; William H. Draper, Leiter der USA-Hauptabteilung für Wirtschaftsfragen beim Kontrollrat und der Economic Division in der amerikanischen Zone, stellvertretender Aufsichtsrat von Dillon, Read & Co, einer Wallstreetfirma, die nach dem ersten Weltkrieg Deutschland mit Anleihen überhäufte; Charles Fahy, Rechtsanwalt, Rechtsberater Clays und Direktor der Rechtsabteilung von OMGUS 1945/46, 1947-49 Rechtsanwaltpraxis in Washington. Perlo, Viktor: *Das Reich der Hochfinanz*, aaO (Anm. 16), S. 44; Wheeler, George S.: *Die amerikanische Politik (1945-1950)*, Berlin (DDR) 1958, S. 18; Murphy, Robert: *Diplomat unter Kriegern. Zwei Jahrzehnte Weltpolitik in besonderer Mission (Diplomat Among Worriers. 1964)*, Berlin 1965, S. 354; Kahn, Arthur D.: *Offiziere, Karbinäle und Konzerne. Ein Amerikaner über Deutschland*. Berlin (DDR) 1964, S. 135 ff.
- ²⁴⁾ Greiner, Bernd: *Die Morgentau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*. Hamburg 1995, S. 254 ff.
- ²⁵⁾ ebenda, S. 265
- ²⁶⁾ ebenda, S. 265 f.
- ²⁷⁾ Weisz, Christoph (Hrsg): *OMGUS – Handbuch*, aaO (Anm. 22) S. 27, 32-33, 103
- ²⁸⁾ Weisz, Christoph (Hrsg): *OMGUS - Handbuch*, aaO (Anm. 22), S. 104-105; Wheeler, George S., aaO (Anm. 23), S. 228. Vgl. auch Greiner, Bernd: *Die Morgenthau-Legende*, aaO (Anm. 24), S. 274-311
- ²⁹⁾ Roth, Karl Heinz: *Einleitung des Bearbeiters*. In: *OMGUS. Ermittlungen gegen die I. G. Farbenindustrie AG*. Nördlingen 1986, S. XXVII
- ³⁰⁾ Greiner, B.: *Die Morgenthau-Legende*, aaO (Anm. 24), S. 268-273, zit. S. 271
- ³¹⁾ Mausbach, Winfried: *Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944-1947*. In: *Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte*, Hrg. Konrad-Adenauer-Stiftung, Band 30. Düsseldorf 1996, S. 115-120; auch zuvor schon ausführlich beschrieben von Gimbel, John: *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949 (The American Occupation of Germany, 1968)*. Frankfurt/Main 1971
- ³²⁾ Mausbauch, Wilfried: *Zwischen Morgenthau und Marshall*, aaO (Anm. 31), S. 129 f.
- ³³⁾ Benz, Wolfgang: *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland*. München 1994³, S. 109 ff.
- ³⁴⁾ Mausbach, *Zwischen Morgenthau und Marshall*, aaO (Anm. 31), S. 130
- ³⁵⁾ Deuerlein, Ernst: *Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der „Großen Drei“*. München 1969, S. 231 f.; J. M. Maiskij leitete u.a. im Volkskommissariat für äußere Angelegenheiten

der UdSSR während des 2. Weltkrieges das Gremium, das mit Problemen der Wiedergutmachung und der Reparationen betraut war

³⁶⁾ Sanakojew, Sch. P., Zybulewski, B. L. (Hrsg): Teheran. Jalta. Potsdam. Dokumentensammlung., aaO (Anm. 12) S. 349 f.

³⁷⁾ ebenda, S. 362; vgl. auch Deuerlein (Hrsg), Potsdam 1945, aaO (Anm. 35), S.301 ff.

³⁸⁾ Benz, Wolfgang: Potsdam 1945..., aaO (Anm. 33), S. 112: „Durch die Demontagen war demzufolge die annähernde Gleichheit der materiellen Ausgangsbedingungen der späteren DDR und Bundesrepublik, die es auch nach Aufrüstungsphase und Kriegszerstörungen noch gegeben hatte, verloren gegangen. Hatte Ostdeutschland, was die unzerstörte Kapazität vor allem im industriellen Bereich betraf, 1945 sogar noch einen gewissen Vorsprung gehabt, so war dieser durch die Demontagen weit mehr als kompensiert worden. Die DDR musste von einem signifikant niedrigeren Niveau aus ihre Wirtschaft wiederherstellen als die Bundesrepublik.“ Dazu führten die Demontagen auch zu strukturellen Verwerfungen der Industriestruktur der späteren DDR. Roesler, Jörg: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe. Leipzig 2006, S. 45; Fäßler, Peter E.: Durch den „Eisernen Vorhang“, aaO (Anm. 1), S. 29. Demnach betrug der Wert aller demontierten Anlagen in der SBZ 46 % des Bruttoanlagenvermögens gegenüber 4 % dem der Westzonen. Zusammen mit der 1945 eher Binnenmarkt-ausgerichteten Verflechtung der SBZ-Wirtschaftsstrukturen, der Industriegüterentnahmen aus der laufenden Produktion und der rund 2100 Sowjetischen Aktiengesellschaften büßte die SBZ innerhalb von 3 Jahren ihre günstige Ausgangsposition ein

³⁹⁾ Deuerlein, (Hrsg): Potsdam 1945, aaO (Anm. 35), S. 357-359, zit. S. 359

⁴⁰⁾ Mausbach, Wilfried: Zwischen Morgenthau und Marshall, aaO (Anm. 30), S. 164

⁴¹⁾ ebenda, S. 147-222

⁴²⁾ Cornides, W./Volle, H.: Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung 1941–1948. Mit einem Bericht über die Londoner Außenministerkonferenz vom 25. Nov. bis 15. Dez. 1947. In: Dokumente und Berichte des Europa-Archivs. Bd. 6. Oberursel 1948, S. 90-95, zit. S. 90

⁴³⁾ Milward, Alan S.: Der Zweite Weltkrieg, aaO (Anm. 1), S. 269

⁴⁴⁾ ebenda, Tabelle 28, S. 272-273

⁴⁵⁾ Vgl. Pieck, Wilhelm: Junkerland in Bauernhand. Rede zur demokratischen Bodenreform, Kyritz 2. September 1945. Berlin 1955; Trittel, G. J.: Bodenreform. In: Benz, W. (Hrsg): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55. Berlin 1999, S. 105-108. Die landwirtschaftliche Betriebszählung von 1949 zeigte, dass in Westdeutschland 0,7 % aller Betriebsinhaber über 27 % der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche verfügten. So besaßen allein die sechs Fürsten, Herzöge und Großherzöge von Württemberg, Oldenburg, Hohenzollern-Sigmaringen, Thurn und Taxis und Fürstenberg 82.851 ha. Wohl gab es auch in den Westzonen Bodengesetze, da die Abtretung jedoch über Entschädigung erfolgen sollte, spielte diese Art Bodenreform so gut wie keine Rolle: Desczyk, Lore: Betriebsgrößenstruktur der deutschen Landwirtschaft (In Westdeutschland unterblieb die Bodenreform). In: Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts. Jg.1, Berlin (DDR) Nr. 9

⁴⁶⁾ Kuczynski, Jürgen: So war es wirklich. Ein Rückblick auf zwanzig Jahre Bundesrepublik. Berlin (DDR) 1969, S. 40. Nach 1945 produzierte die Landwirtschaft nur noch ein Drittel des normalen bzw. die Hälfte des reduzierten Nahrungsmittelbedarfs. Nach Trittel waren dafür sechs Faktoren ausschlaggebend: „erstens war durch die Abtrennung der agrarischen Überschußgebiete im Osten die landwirtschaftliche Nutzfläche um ein Viertel reduziert worden. Zweitens führte der Flüchtlingsstrom zu einer Verdichtung der Bevölkerung um 26 %. Drittens bewirkten die nicht unerheblichen Kriegszerstörungen im Agrarsektor einen entsprechenden Leistungsausfall. Viertens verschuldete eine restriktive und widersprüchliche alliierte Industriepolitik bis Mitte 1947 einen fast völligen Ausfall landwirtschaftlicher Betriebsmittel, so daß die Erträge um rund 20% und die Bodenleistung um rund 30% zurückgingen und die deutsche Landwirtschaft nur noch knapp 1.000 Kcal pro Tag und Kopf der Bevölkerung zu produzieren vermochte. Fünftens verhinderte die durch das Scheitern der Potsdamer Politik bedingte Abschottung der einzelnen Zonen voneinander den gewachsenen Warenaustausch (Getreide, Saatgut). Sechstens schränkten der weltweite Mangel an Nahrungsmittel bis Mitte 1947 zusammen mit den auch in den potentiellen Geberländern vorhandenen finanziellen und politischen Barrieren die Chance für eine durchgreifende Importhilfe wenigstens für die Westzonen drastisch ein.“ (Trittel, G. J.: Ernährung. In: Benz [Hrsg]: Deutschland unter alliierter Besatzung..., aaO (Anm. 45), S. 117-122, zit. S. 119)

⁴⁷⁾ Martin, James Stuart: Germany's Cartels are at it again. In: Johnson (Ed.): The Dilemma of Postwar Germany. In: Reference Shelf 20 (1948) 3, S. 127

⁴⁸⁾ Heininger, Horst: Der Nachkriegszyklus..., aaO (Anm. 5), S. 126. Vgl. auch Occupation of Germany, Tabelle S. 38

⁴⁹⁾ Heininger, Horst: Der Nachkriegszyklus..., aaO (Anm. 5) S. 127

⁵⁰⁾ Wheeler, George S.: aaO (Anm. 23), S. 194. Wheeler war seit Juni 1945 Chief der Nazi Labor Institution Section, dann im Dezember 1946 und 1947 Chief der Manpower Allocation Branch von OMGUS und EUCOM/OMGUS

⁵¹⁾ Heininger, aaO (Anm. 5), S. 158

⁵²⁾ Huster, Ernst-Ulrich, Kraiker, Gerhard u.a.: Determinanten..., aaO (Anm. 11) S. 34

⁵³⁾ Mausbach, Wilfried: Zwischen Morgenthau und Marshall, aaO (Anm. 31), S. 253

⁵⁴⁾ Bischof, Günter: Der Marschall-Plan in Europa 1947-1952. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 22-23 vom 23. Mai 1997, S. 3-16, zit. S. 6

⁵⁵⁾ ebenda, S. 6

⁵⁶⁾ Huster et. al., Determinanten..., aaO (Anm. 11), Anhang S. 290 und 302

⁵⁷⁾ ebenda, S. 302. Der revidierte Industrieplan für die amerikanische und britische Besatzungszone Deutschlands vom 26. August 1947, veröffentlicht am 29.8.1947. In: Cornides, W./Volle, H.: Um den Frieden..., aaO (Anm. 42), S. 105-109

⁵⁸⁾ Roth, K. H.: Einleitung des Bearbeiters. In: OMGUS: Ermittlungen gegen die Dresdner Bank. 1946. Bearbeitet von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Nördlingen 1946, S. CXIII f.

⁵⁹⁾ Abelshauser, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Frankfurt/Main 1983, S. 46 ff.

⁶⁰⁾ ebenda, S. 52

⁶¹⁾ vgl. zur ersten verständlichen Darstellung und auch Bewertung: Der Marshallplan. Der amerikanische Begriff der Schenkung – Die Strategie der Kreditverteilung und der Lieferung. In: Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts. Berlin (DDR), 1 (1950) 7 [August 1950]

⁶²⁾ ebenda, S. 82-84. Am Gesamtvolumen der Investitionen in Westdeutschland stellten die Marshallplanhilfen nur einen geringen Anteil: 1949: 6,4 %, 1950: 8,6 % und für den Zeitraum 1949-1956 2,9%, so dass die „landläufige Vorstellung vom Marshallplan als den großen Investitionsmotor der Nachkriegszeit kaum haltbar“ ist (Weimer, Wolfram: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro. Hamburg 1998, S. 29)

⁶³⁾ Die Monopole der USA, aaO (Anm. 5), S. 64. Dabei erleichterten sicherlich persönlich-familiäre Beziehungen den Abschluss der Anleihen auch in Westdeutschland. So war der amerikanische Hohe Kommissar für Westdeutschland John J. Mc Cloy der Schwager von John Sharman Zinssers, eines Mitglieds des Direktoriums von J.P. Morgan and Co, ein weiterer Schwager dieses Morgandirektors war Lewis W. Douglas, der amerikanische Botschafter in England.

⁶⁴⁾ Im Fahrzeugbau war das amerikanische Kapital vor allem an der Adam Opel A.G. durch die General Motors Corp. und an den Ford-Werken AG durch Ford Motors Corp. beteiligt. Diese beiden Firmen allein produzierten im Jahre 1949 über 50 % der gesamten westdeutschen Kraftfahrzeugherzeugung. An der Elektroindustrie war amerikanisches Kapital ebenfalls beherrschend beteiligt: Bei der AEG und bei Osram durch die General Electric Corp., beim Siemens-Konzern durch Westinghouse, bei der Lorenz AG sowie bei Mix & Genest und anderen durch die International Telephone and Telegraph Corporation. In der chemischen Industrie war die Verflechtung der IG-Farben mit der Standard- Oil of New Jersey hinreichend bekannt. Amerikanisches Kapital war auch maßgeblich an Erdölgesellschaften beteiligt, die im Jahre 1949 mindestens 40 % der gesamten westdeutschen Erdölförderung besaßen. So z.B. an der Gewerkschaft Elverath, der Deutschen Vakuum-Öl AG und der Gewerkschaft Brigitta. An den wichtigsten westdeutschen Erdölraffinerien sowie am Vertrieb von Erdölprodukten war ebenfalls amerikanisches Kapital sehr stark beteiligt. Hier seien genannt die Gelsenberg Benzin AG die Deurag-Nerag, die Deutsch-amerikanische Petroleum AG; Jacob, Norbert: Die differenzierte Amerikanisierung der westdeutschen Industrie. In: Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts. Berlin (DDR), 1 (1950) 8 [September 1950]

⁶⁵⁾ Kuczynski, Jürgen: Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945. In: Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Teil I, Band 7a/7b. Berlin (DDR) 1963, S. 164

⁶⁶⁾ Weisbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus überreicht vom Nationalrat der Nationale Front des demokratischen Deutschlands. Leipzig 1951, S. 64

⁶⁷⁾ Weisbuch..., aaO (Am. 66). S. 65-66. Bischof, Günter: Der Marshall-Plan..., aaO (Anm. 35), S. 5. Neuerdings auch Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte..., aaO (Anm. 59), S. 59, der dem Plan die Funktion zuspricht, der Kontrolle der westdeutschen Wirtschaftspolitik und der

amerikanischen Beeinflussung der westdeutschen Wirtschaft gedient zu haben; Weimer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, aaO (Anm. 62), S. 30

⁶⁸⁾ nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der DDR wird diese Position, die schon immer von linken und radikaldemokratischen Kräften vertreten wurde, jetzt auch in der herrschenden Geschichtsschreibung gesehen, etwa beispielweise von Mai: Tatsächlich musste „die zeitliche Koinzidenz von Marshallplan (5. Juni), Münchener Ministerpräsidentenkonferenz (6./7. Juni) im Koordinationskommittee, der ‚praktisch eine Übergangsregierung sei‘, dazu die Einbeziehung der Westzonen in den Marshall-Plan, die Erhöhung des bizonalen Industrieniveaus und die Bekanntgabe der neuen amerikanischen Direktive JCS 1779 am 15. Juli 1947 (...) den Sowjets als Ausdruck eines wohlabgestimmten Plans erscheinen, als radikaler Kurswechsel und Aufkündigung des Potsdamer Abkommens.“ (Mai, Günther: Das Potsdamer Abkommen und der Alliierte Kontrollrat. In: Timmermann, H. [Hrsg.] Potsdam 1945. Konzept, Taktik, Irrtum. Berlin 1997, S. 389 f.; Mai, Günter: Das ‚Trojanische Pferd‘. Innerdeutsche Handelsbeziehungen zwischen Blockbildung und intersystemarer Symbiose (1945-1989). In: Schmidt, Gustav: Ost-West-Beziehungen..., aaO (Anm. 9), S. 433-448

⁶⁹⁾ nach der Währungsreform wurden allein in den Jahren 1948-1950 42,8 Milliarden Mark in die deutsche Wirtschaft investiert. Die Folge war, dass die Chemieindustrie ihre Produktion um 47 % gegenüber 1936 steigern konnte, der Fahrzeugbau um 95 % und die Elektroindustrie um 220 %, während die Nahrungs- und Genussmittelindustrie bei größerer Bevölkerung gerade das Vorkriegsniveau erreichte: Weisbuch..., aaO (Anm. 62), S. 53

⁷⁰⁾ Roth, K. H.: Einleitung..., aaO (Anm. 58), S. CXV. Zuvor sollte die Arroganz der Stahl- und Eisenindustriellen und der Vertreter der Hochfinanz und ihrer Manager gebrochen werden, die im Prinzip ähnliche Interessen vertraten. Insofern war die Inhaftierung ihrer Repräsentanten im Dezember 1945 und Frühjahr 1946, wenn auch zunächst aus antimilitaristischen und antifaschistischen Gründen erfolgreich, durchaus funktional. Vgl. hierzu das Kapitel „Wirtschaft und Besetzung“ in: Henke, Klaus-Dietmar: Die amerikanische Besetzung Deutschlands. In: Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. Institut für Zeitgeschichte, Bd. 27., München 1995, S. 449-571

⁷¹⁾ Abelshausen, Wirtschaftsgeschichte..., aaO (Anm. 59), S. 70

⁷²⁾ Kuczynski, Jürgen: Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945. In: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 7a, Berlin (DDR) 1963, S. 245

⁷³⁾ ebenda, S. 246

⁷⁴⁾ ebenda, S. 264

*) Der Aufsatz entspricht dem gleichnamigen Kapitel in meinem Buch *Nachkriegsgeschichte/n. Sozialwissenschaftliche Beiträge zur Zeit(geschichte)*. Aachen: Shaker, 2007, 266 p. [= Geschichtswissenschaft], hier 99-134. Auch wenn das Buch inzwischen über den „zentralversand antiquarischer Bücher“ (zvab) angeboten wird – es ist keineswegs vergriffen. Sondern sowohl über Buchhandel als auch Verlag [-> http://www.shaker.de/Online-Gesamtkatalog-Download/2011.10.26-10.33.38-217.232.71.1-radFA814.tmp/3-8322-6506-6_ABS.PDF] erhältlich. - WRA

Wilma Ruth Albrecht (*1947 in Ludwigshafen/Rhein) ist eine deutsche Sozial- und Sprachwissenschaftlerin (Lic; Dr.rer.soc.) mit den Arbeitsschwerpunkten Literatur-, Politik- und Architekturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Sie lebt (seit 2005 als Freie Autorin) in Bad Münstereifel (NRW). – Letzte Buchveröffentlichungen: **Bildungsgeschichte/n** (Aachen 2006) - **Harry Heine** (Aachen 2007) - **Nachkriegsgeschichte/n** (Aachen 2007). Die Autorin veröffentlichte 2007 das **wiesenhausblatt – e-Blätter für Schöne Literatur** (-> <http://www.wiesenhausblatt.de>) und arbeitet seit Ende 2008 an ihrer Romantrilogie des letzten Jahrhunderts **EINFACH LEBEN**. – Aktuell publizierte Wilma Ruth Albrecht literarisch in der Zeitschrift **Chaussee** 26/2010 die historische Erzählung *Briefe an Jenny* [Auswahl] und im Sammelband **FLASCHEN POST** (Hg. Richard Albrecht, 2011) die Dokumentarerzählung **SPARTAKISTEN. Hochschulsommer neunzehnhundertsiebzig** (-> <http://gegen-den-strom.org>) sowie wissenschaftlich in den Zeitschriften **Aufklärung und Kritik** I/2008 *Rechtsstaat als Ideologie*, II/2009 *Psychologie ohne Logos*, III/2011 *zur Vergangenheit deutscher Diplomaten* und IV/2011 *Feuerbachs Religionskritik und der historisch-dialektische Materialismus*, im **Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung** II/2010 *Arbeiterbewegung und literarische Familienchronik* und I/2011 zur „Sickingen-Debatte“ (*Marx – Engels – Lassalle*) und in **soziologie heute** 14/2010 *Wer von den Produktionsverhältnissen nicht reden will, sollte vom malerischen Schaffen schweigen: Illustrierte These zur Malerei als Prolegomena einer speziellen Soziologie der Künste*.

Korrespondenzadresse der Autorin
dr.w.ruth.albrecht@gmx.net